

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Erwerbsminderung – ein erhebliches Armutsrisiko	1
Zur substantiellen Bedeutung kleiner (regionaler) Unterschiede	5
Egalitär arbeiten – familienzentriert leben: Kein Widerspruch für ostdeutsche Eltern	7
Soziales Wohlbefinden in Deutschland nur schwach ausgeprägt	12
„Long-term Trends in Quality of Life“	16
Social Monitoring and Reporting in Europe: State of the Art and Future Perspectives	16

Erwerbsminderung – ein erhebliches Armutsrisiko

Empirische Befunde zur sozioökonomischen Situation von Personen mit Erwerbsminderung

Laut einer aktuellen Umfrage von Infratest Dimap für den ARD-DeutschlandTrend befürchtet rund ein Drittel der Erwerbstätigen, im Alter arm zu sein. Auch für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist die Vermeidung von Altersarmut zu einem zentralen Anliegen geworden, wie sein Entwurf zu einem Alterssicherungsstärkungsgesetz belegt. Derzeit ist die Armutsgefährdung der über 65-Jährigen nicht besonders ausgeprägt, wenngleich Noll/Weick (2012) in ihren Analysen für den Zeitraum 2003 bis 2008 eine steigende Tendenz der Altersarmut beobachten, die in den neuen Bundesländern deutlicher zu erkennen ist als in den alten Bundesländern. Als mögliche Ursachen für eine künftige Zunahme der Altersarmut werden die gegenüber früheren Erwerbsbiografien zunehmend unstetigen Erwerbsverläufe, Langzeitarbeitslosigkeit, Beschäftigung im Niedriglohnbereich, aber auch das Risiko einer Erwerbsminderung (EM) gesehen (Rische/Kreikebohm 2012). Erwerbsgeminderte Personen haben ein höheres Risiko im Alter arm zu sein, und es stellt sich die Frage, ob durch die Erwerbsminderungsrente – und gegebenenfalls vorhandene andere Einkünfte – eine ausreichende materielle Absicherung des betroffenen Personenkreises gewährleistet ist.

Invalidität bzw. Erwerbsminderung ist ein Risiko, das jeden treffen kann – Jung wie Alt – wenngleich das Risiko mit dem Alter ansteigt (Korsukéwitz/Rehfeld 2009: 343-344). Ursachen sind insbesondere chronische Krankheiten, Unfälle, aber auch angeborene Behinderungen. Soweit eine obligatorische (finanzielle) Absicherung für den Fall des Eintritts dieses Risikos besteht – was in Deutschland nicht für alle Bürger der Fall ist – sind dafür verschiedene Träger der sozialen Sicherung zuständig. Der größte Träger ist die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), von der im Jahr 2011 rund 1,6 Mio. Personen im Alter zwischen 16 und 64 Jahren eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bezogen.¹ Im gleichen Jahr wurden 180.238 Personen wegen Erwerbsminderung neu berentet, davon 85.645 Frauen. Erwerbsminderungsrenten umfassen damit einen Anteil von 21% des Zugangs an Versichertenrenten der GRV. Das Durchschnittsalter der Neuzugänge in die EM-Rente betrug bei Frauen 50 Jahre, bei Männern 51 Jahre. Am häufigsten werden EM-Renten wegen psychischer Störungen (41%) bewilligt. Weitere verbreitete Diagnosen

sind Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems mit 14% und Neubildungen („Krebserkrankungen“) mit 13%.

Am 1. Januar 2001 trat das Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Kraft (BMJ 2000). Das Gesetz sieht eine zweistufige EM-Rente vor: Eine volle EM-Rente erhalten Versicherte mit einem Leistungsvermögen von unter drei Stunden täglich. Ein Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung besteht bei einem Leistungsvermögen von drei bis unter sechs Stunden täglich. Maßgebend ist jeweils das Leistungsvermögen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Welche konkrete Beschäftigung bzw. welchen Beruf der Versicherte vor seiner Erwerbsminderung ausgeübt hat, spielt keine Rolle. Ein Berufsschutz besteht nur noch für Übergangsfälle. Darüber hinaus wurde mit der Reform eine regelhafte Befristung der EM-Rente eingeführt.

Bei der Rentenberechnung wird der Versicherte im Wesentlichen so gestellt, als ob er bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres weiter gearbeitet und Beiträge gezahlt hätte. Allerdings verringert sich die EM-Rente für jeden Monat,

Tabelle 1: Merkmale der ErwerbsminderungsrentnerInnen nach Geschlecht (in %)

		Männer N=2.187	Frauen N=2.089	Gesamt N=4.276
Alter bei Rentenzugang	Unter 40 Jahre	8	13	11
	40 bis 49 Jahre	23	28	25
	50 bis 59 Jahre	60	53	57
	60 Jahre o. mehr	9	6	7
	Mittelwert	51 Jahre	50 Jahre	51 Jahre
Nationalität	Deutsche Staatsbürger	93	92	93
Region	Alte Bundesländer	74	72	73
	Neue Bundesländer und Berlin	26	28	27
Haushalt	Einpersonenhaushalt	31	30	31
	Zweipersonenhaushalt	41	44	43
	Dreipersonen- o. größerer Haushalt	28	26	26
	Haushalt mit Kindern unter 14 Jahren	8	11	9
Berentungs- diagnose ¹	Neubildungen	7	10	8
	Psychische und Verhaltensstörungen	31	42	36
	Krankheiten des Nervensystems	8	9	9
	Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems	15	6	10
	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	19	17	18
Schulbildung	Kein Abschluss	10	10	10
	Abschluss einer Haupt-, Volks- oder Realschule	78	77	78
	Fachhochschul- oder Hochschulreife	12	14	13
Berufsausbildung	Kein Abschluss	18	26	22
	Lehre	70	51	61
	Fachschule (mit Meister- oder Technikerabschluss)	9	4	6
	Akademischer Abschluss ²	6	6	6
Überwiegende berufliche Stellung im Erwerbsverlauf	Un-/Angelernte, Hilfskraft	22	30	26
	FacharbeiterIn	43	12	28
	MeisterIn	3	0	2
Erwerbsverlauf	Einfache oder mittlere Fachangestellte	18	45	31
	Angestellte in gehobener, hoch- qualifizierter oder leitender Position	10	9	9
	sonstige Berufsstellung	4	4	4

1) Diagnosegruppen nach ICD-10-GM

2) Abschluss einer Fachhochschule, Berufsakademie, Hochschule oder Universität

Datenbasis: Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung

den sie vor einem bestimmten Lebensjahr bezogen wird, um 0,3%. Diese Grenze war bis zum letzten Jahr das 63. Lebensjahr; sie steigt bis zum Jahr 2024 auf das 65. Lebensjahr. Der maximale Abschlag beträgt weiterhin 10,8%. Zudem sieht das Recht bei Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung einen niedrigeren Rentenartfaktor von 0,5 vor.

Der durchschnittliche Zahlbetrag für Neuzugänge ist bei den EM-Renten seit der Neuregelung kontinuierlich gesunken (Kaldybayewa/Kruse 2012). Betrag die durchschnittliche EM-Rente der Rentenzugänge des Jahres 2001 noch 676 EUR, so lag sie bei den Rentenzugängen des Jahres 2011 mit 596 EUR um 80 EUR unter dem früheren Betrag. Diese Entwicklung warf die Frage auf, ob die Absicherung des Lebensstandards im Falle der Erwerbsminderung noch gesichert ist. Der Blick allein auf die individuelle Rente ist für die Beantwortung der Frage allerdings nicht aussagekräftig genug, da weitere Einkommen der erwerbsgeminder-

ten Person oder aber die Einkünfte anderer Personen im Haushalt die Einkommenslage beeinflussen. Um verlässliche empirische Daten zu den Haushaltseinkommen bei Erwerbsminderung zu gewinnen, führt die Deutsche Rentenversicherung ein Forschungsprojekt zur „Sozioökonomischen Situation von Personen mit Erwerbsminderung“ durch.² Ausgehend von dem genannten Projekt sollen mit dem vorliegenden Beitrag insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- Aus welchen Einkommensquellen speist sich das Einkommen von EM-RentnerInnen und deren Haushalten und welchen Anteil an den Haushaltseinkommen nimmt die Rente ein?
- Verfügen EM-RentnerInnen über eine ergänzende betriebliche und/oder private Absicherung des Invaliditätsrisikos?
- Gibt es Unterschiede in der Einkommensverteilung gegenüber der Gesamtbevölkerung und zwischen Subgruppen (z. B. Ost-West)?
- Wie groß ist das Armutrisiko für Erwerbs-

minderungsrentnerInnen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und lassen sich Subgruppen identifizieren, die in besonderem Maße von Armut betroffen sind?

Die Analysen werden auf der Grundlage der Daten aus der Studie „Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung“ vorgenommen. In der Studie wurde Anfang 2011 eine geschichtete Zufallsstichprobe von rund 10.000 EM-RentnerInnen der GRV, die im Jahr 2008 erstmalig berentet wurden, angeschrieben. An der schriftlichen Befragung haben 45% der kontaktierten Zielpersonen teilgenommen. Für die folgenden Analysen stehen damit Angaben von 4.276 Personen zur Verfügung, die für die betrachteten EM-RentnerInnen repräsentativ sind (Märtinger et al. 2012). Zum Vergleich werden die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) des Jahres 2010 herangezogen.

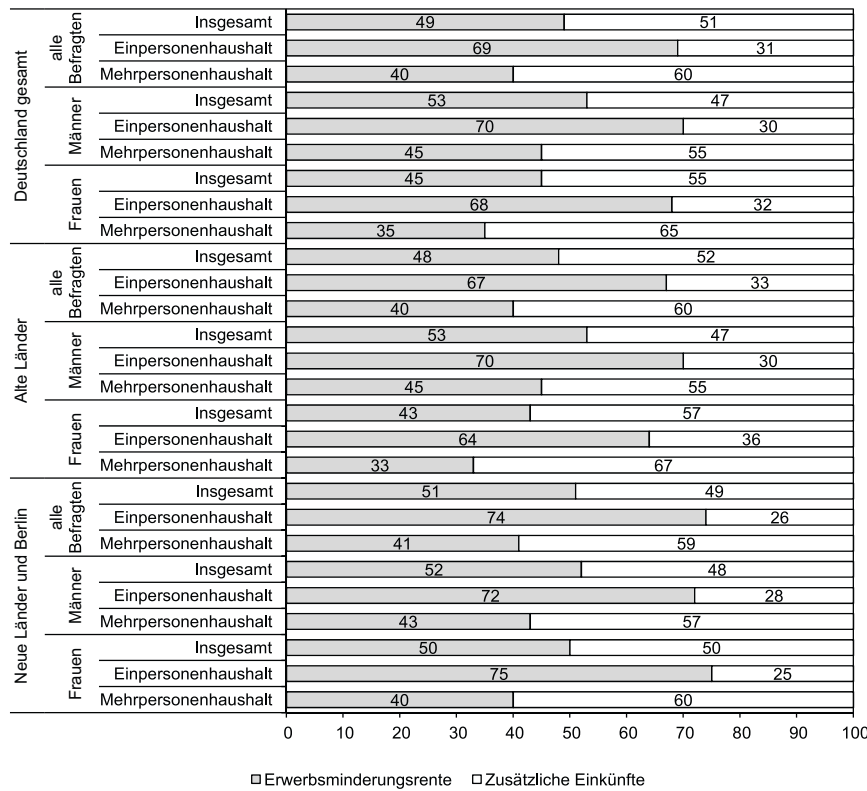
Für Analysen, die auf einen Vergleich von Haushaltseinkünften oder Indikatoren der materiellen Lage abzielen, wird das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen herangezogen. Dieses Konstrukt trägt den Synergieeffekten, die durch gemeinsames Wirtschaften entstehen, sowie den unterschiedlichen Bedarfen von Haushalten mit unterschiedlicher Größe und Konstellation, Rechnung. Für die Berechnung wird die neue OECD-Skala³ verwendet. Die der Berechnung zugrunde liegenden Haushaltseinkommen enthalten keinen Mietanteil für selbst genutztes Wohneigentum (Noll/Weick 2012).

Psychische Beeinträchtigung häufigste Ursache für Erwerbsminderung

Von den befragten EM-RentnerInnen sind 49% Frauen und 51% Männer. Beim Rentenzugang waren die Rentnerinnen – analog zur oben kurz skizzierten Grundgesamtheit aller EM-RentnerInnen der GRV – durchschnittlich 50 Jahre alt, die Rentner 51 Jahre (Tabelle 1). Mehr als die Hälfte gehörte zur Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen. Der Großteil der Befragten (93%) ist deutsch, nur 7% haben keine deutsche Staatsbürgerschaft. 73% der EM-RentnerInnen leben in den alten Bundesländern, 27% in den neuen Ländern oder Berlin. Was die Haushaltgröße betrifft, wohnt und wirtschaftet knapp ein Drittel der Befragten allein. 69% leben mit anderen Personen zusammen, am häufigsten mit nur einer weiteren Person. Kinder unter 14 Jahren gibt es in jedem zehnten Rentnerhaushalt.

Der Bildungsstand der Befragten ist eher unterdurchschnittlich – analog zu dem Befund, dass die Berentungsintensität von Personen ohne oder mit nur geringen Bildungsabschlüssen besonders hoch ist (Korsukéwitz/Rehfeld 2008: 280). So hat ein Zehntel der EM-RentnerInnen keinen allgemeinbildenden Schulabschluss (Tabelle 1). Die Mehrheit verfügt über einen mittleren Schulabschluss; Abitur oder Fachhochschulreife haben 12% der Männer und 14% der Frauen erworben. Der überwiegende Teil der EM-RentnerInnen hat einen beruflichen Abschluss, wobei es sich am häufigsten

Grafik 1: Anteil der Erwerbsminderungsrente am Haushaltsnettoeinkommen



Datenbasis: Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung

des öffentlichen Dienstes), die insgesamt 17% der Befragten erhalten. Leistungen aus einer privaten Berufsunfähigkeitsversicherung bezieht dagegen nur ein geringer Teil der Befragten (4%). Außerdem haben 13% der EM-RentnerInnen trotz ihrer Berentung Einkünfte aus Erwerbstätigkeit. Neben den individuellen Einkünften der Befragten werden im Haushaltszusammenhang weitere Einkommen erzielt: Rund 26% der Rentnerhaushalte sind auf staatliche Leistungen angewiesen. Sehr selten (6%) verfügen die Haushalte der Befragten über Einkünfte aus Vermietung, Verpachtung oder Kapitalvermögen. Darüber hinaus können rund 60% der EM-RentnerInnen auf Einkünfte anderer Personen im Haushalt zurückgreifen. Insgesamt trägt die EM-Rente der GRV im Durchschnitt einen Anteil von 49% zum Haushaltsnettoeinkommen aller befragten EM-RentnerInnen bei. Weist man den Anteil der EM-Rente am Haushaltsnettoeinkommen getrennt für Männer und Frauen, Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte sowie für die neuen und die alten Bundesländer aus, so ergeben sich deutliche Unterschiede (Grafik 1). Bei alleinlebenden EM-RentnerInnen stellt sie mit einem Anteil von 74% in den neuen und 67% in den alten Bundesländern eindeutig die Haupteinkommensquelle dar. Bei Mehrpersonenhaushalten macht die EM-Rente mit 33 bis 45% dagegen weniger als die Hälfte des Haushaltseinkommens aus. Damit unterscheidet sich die Bedeutung der Rente für das Haushaltseinkommen bei EM-RentnerInnen erheblich von derjenigen bei AltersrentnerInnen der gesetzlichen Rentenversicherung. Für diese Personengruppe bildet die Rente den dominierenden Bestandteil des Haushaltseinkommens (BMAS 2012b: 115-117).⁵

um eine abgeschlossene Lehre handelt (70% der Männer, 51% der Frauen). Einen höheren Abschluss – z. B. in Form eines Meister- oder Technikerzertifikats – können nur 9% der männlichen und 4% der weiblichen Befragten vorweisen, einen akademischen Abschluss nur jeweils 6%. Knapp ein Fünftel der EM-Rentner und ein Drittel der EM-Rentnerinnen besitzt keinen beruflichen Abschluss. Das schlägt sich auch in der beruflichen Platzierung nieder: 22% der Rentner und 30% der Rentnerinnen waren in ihrem Berufsleben hauptsächlich als un- oder angelernte Arbeitskräfte bzw. als Hilfskräfte tätig. Als einfache oder mittlere Fachangestellte bzw. als Facharbeiter arbeiteten 61% der männlichen und 57% der weiblichen Befragten überwiegend. Nur 13 bzw. 9% (Männer/Frauen) hatten eine höhere Berufsposition als Meister bzw. gehobene, hochqualifizierte oder leitende Angestellte.

Ursächlich für die Berentung waren beim Großteil der Befragten psychische und Verhaltensstörungen. Der Anteil dieser Berentungsdiagnose lag mit 42% bei den befragten Frauen noch deutlich höher als bei den Männern mit 31% (Tabelle 1). Ebenfalls zentral waren Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Neubildungen und Erkrankungen des Nervensystems.

Neben Erwerbsminderungsrenten sind auch andere Einkommensquellen relevant

Für die materielle Situation der hier betrachteten Personengruppe sind nicht nur die EM-Renten von Bedeutung, sondern auch weitere

individuelle Einkünfte, Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder und staatliche Leistungen. Fast alle Befragten beziehen eine EM-Rente der GRV,⁴ deren Zahlbeträge im Mittel bei 661 EUR pro Monat liegen. Weitere relevante individuelle Einkommensquellen sind betriebliche Renten (Betriebsrente, Zusatzversorgung

Tabelle 2: Haushaltsäquivalenzeinkommen und relative Einkommenspositionen

	Haushalts- äquivalenzeinkommen, netto (Median) in Euro	Relative Einkommensposition ¹ (Mittelwert) in Prozent	N
Haushalte der ErwerbsminderungsrentnerInnen insgesamt	940	79	4.093
Einpersonenhaushalte	808	67	1.254
Mehrpersonenhaushalte	1.000	84	2.839
Alte Bundesländer	974	81	2.984
Neue Bundesländer und Berlin	880	73	1.109
Haushalte erwerbsgeminderter Frauen	1.000	83	2.002
Einpersonenhaushalte	837	70	600
Mehrpersonenhaushalte	1.075	89	1.402
Alte Bundesländer	1.028	86	1.436
Neue Bundesländer und Berlin	950	77	567
Haushalte erwerbsgeminderter Männer	875	74	2.091
Einpersonenhaushalte	780	65	654
Mehrpersonenhaushalte	968	79	1.437
Alte Bundesländer	900	76	1.548
Neue Bundesländer und Berlin	800	69	543

¹ Der Median des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens in Deutschland 2010 entspricht 100% (ermittelt mit SOEP 2010)

Datenbasis: Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung

Tabelle 3: Gini-Index der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen

	Gini-Index
Deutsche Bevölkerung insgesamt ¹	0,28
Personen in Haushalten von ErwerbsminderungsrentnerInnen	0,25
... in den alten Bundesländern	0,25
... in den neuen Bundesländern und Berlin	0,23

1) Ermittelt mit SOEP 2010

Datenbasis: Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung

Äquivalenzeinkünfte und relative Einkommenspositionen weit unter dem allgemeinen Bevölkerungsdurchschnitt

Die monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte von EM-RentnerInnen liegen im Mittel bei 940 EUR (Tabelle 2). Differenziert man sie nach dem Geschlecht, fällt auf, dass die Äquivalenzeinkommen in Haushalten von EM-RentnerInnen mit 1.000 EUR höher ausfallen als in Haushalten erwerbsgeminderter Männer (875 EUR). Das hängt vermutlich mit der größeren Bedeutung des männlichen Erwerbseinkommens für das Haushaltseinkommen und der noch immer geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen zusammen. Das Einkommensniveau differiert erwartungsgemäß aber nicht nur nach dem Geschlecht der Befragten, sondern auch nach der Haushaltsgröße. Alleinlebende verfügen – weil sie nicht auf die Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder zurückgreifen können – mit 808 EUR über deutlich geringere monatliche Äquivalenzeinkommen als Mehrpersonenhaushalte (1.000 EUR). Zudem zeigt sich auch ein Ost-West-Gefälle: Die mittleren Äquivalenzeinkommen sind in den alten Bundesländern im Durchschnitt um fast 100 EUR höher als in den neuen Ländern und Berlin.

Aus den in Tabelle 2 ausgewiesenen relativen Einkommenspositionen geht hervor, wie sich die Einkommenssituation der hier betrachteten Erwerbsminderungsrentnerhaushalte im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (Median der Bevölkerung entspricht 100%) darstellt. Die relative Einkommensposition aller Haushalte von EM-RentnerInnen beläuft sich auf 79%. Besonders niedrige Einkommenspositionen erreichen alleinlebende EM-RentnerInnen, vor allem Männer (65%), sowie Personen in den neuen Bundesländern und Berlin, vor allem in Haushalten von erwerbsgeminderten Männern (69%). Relativ hohe Einkommenspositionen bestehen im Vergleich dazu in Mehrpersonenhaushalten von erwerbsgeminderten Frauen (89%) sowie in Haushalten von EM-Rentnerinnen in den alten Bundesländern (86%). Die am Gini-Index gemessene Ungleichheit der Einkommensverteilung in Gesamtdeutschland liegt nach Daten des SOEP bei einem Wert von 0,28 (BMAS 2012a: 327) und ist seit Jahren relativ stabil. Für Personen in Haushalten von EM-RentnerInnen zeigt sich mit 0,25 eine eher geringere Ungleichverteilung der Einkommen (Tabelle 3). Dies gilt sowohl für Haushalte in den alten als auch in den neuen Bundesländern.

Hohes Armutsrisiko Erwerbsminderung

Von sozialpolitischer Bedeutung ist insbesondere auch die Frage, in welchem Ausmaß

EM-RentnerInnen von Armut betroffen oder bedroht sind. Hier ist zu unterscheiden zwischen der international gebräuchlichen Armutsgefährdungsquote und der für die sozialpolitische Diskussion möglicherweise bedeutsameren Grundsicherungsquote. Die Armutsgefährdungsquote misst, wie groß der Anteil der Personen mit einem bedarfsgewichteten Einkommen von weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung ist. Dabei wird als mittleres Einkommen nicht das arithmetische Mittel, sondern der Median der Einkommensverteilung verwendet, um so den Einfluss von Personen mit extrem hohen oder niedrigen Einkünften auf den Durchschnittswert zu verringern. Für das Jahr 2010 lag die Armutsgefährdungsschwelle in Deutschland nach Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels bei 806 EUR netto pro Monat, im Jahr 2011 bei 840 EUR.

Gemessen an diesen Schwellen sind 37 bzw. 40% der BezieherInnen einer EM-Rente und ihrer Haushaltsangehörigen als armutsgefährdet anzusehen. Damit ist die Armutsgefährdungsquote dieser Gruppe deutlich höher als die der Bevölkerung insgesamt, die – so die Ergebnisse des SOEP 2010 – bei 14% lag. Nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 ist nicht nur die Gesamtbevölkerung in viel geringerem Umfang von Armut bedroht, sondern sind es auch Personen im Ruhestand und ihre Haushaltsangehörigen mit 15% (Rentner: 16%,

Pensionäre: 1%) (Noll/Weick 2012). Personen, die mit EM-RentnerInnen im Haushalt leben, unterliegen also in deutlich höherem Maße kritischen Einkommenslagen als die Gesamt- und die Ruhestandsbevölkerung.

Innerhalb der hier betrachteten Personengruppen sind besonders hohe Armutsrisiken für allein lebende Männer (56%) und Personen im Haushalt erwerbsgeminderter Männer in den neuen Bundesländern und Berlin (49%) zu verzeichnen (Tabelle 4). Auch allein lebende Rentnerinnen (41%) und Personen, die mit erwerbsgeminderten Männern zusammenleben (43%) sind stärker als die Gesamtgruppe von Armut bedroht.

Im Vergleich zur Armutsgefährdungsquote bezieht sich die Grundsicherungsquote nicht auf Einkommensarmut, sondern darauf, ob Personen auf bestimmte staatliche Transferleistungen angewiesen sind, um ihren Lebensstandard zu sichern. Zu diesen Leistungen, die hilfebedürftige Personen in Deutschland auf Antrag beziehen können, zählen Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Sozialhilfe einschließlich Hilfe zum Lebensunterhalt. Insofern derartige Transferleistungen das soziokulturelle Existenzminimum der BezieherInnen sichern, misst der Indikator die „bekämpfte Armut“. In der deutschen Bevölkerung betrug die bekämpfte Armut nach Daten des SOEP im Jahr 2010 9%, bei den 65-Jährigen und Älteren lag sie nach dem Alterssicherungsbericht 2012 nur bei ca. 2,5%. Für die EM-RentnerInnen und ihre Haushaltsangehörigen erreicht die Grundsicherungsquote demgegenüber einen Wert von 18%, d. h. sie ist doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Auch bezüglich der bekämpften Armut bestehen Unterschiede zwischen den Geschlechtern, der Haushaltsgröße und der Region (Ost/West) (Tabelle 4).

Mit Blick auf die eingangs gestellten Fragen lässt sich festhalten, dass die EM-Rente der GRV für die untersuchte Personengruppe

Tabelle 4: Armutsgefährdung und Grundsicherungsbezug in EM-Rentnerhaushalten¹ (in %)

	Armutsgefährdung nach Schwelle 2010 ²	Grundsicherungsbezug
In Haushalten von EM-RentnerInnen insgesamt	37	18
Einpersonenhaushalte	50	28
Mehrpersonenhaushalte	34	16
Alte Bundesländer	35	17
Neue Bundesländer und Berlin	40	21
In Haushalten erwerbsgeminderter Frauen	29	15
Einpersonenhaushalte	43	25
Mehrpersonenhaushalte	27	13
Alte Bundesländer	28	14
Neue Bundesländer und Berlin	32	18
In Haushalten erwerbsgeminderter Männer	43	21
Einpersonenhaushalte	56	31
Mehrpersonenhaushalte	41	19
Alte Bundesländer	42	20
Neue Bundesländer und Berlin	49	25

1) Quoten für alle Personen, die in den Haushalten der Befragten leben (N = 8.806)

2) 60% von 1.343 Euro = 806 Euro (ermittelt mit SOEP 2010)

Datenbasis: Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung

eine wichtige Einkommensquelle darstellt. Im Gegensatz zu den BezieherInnen einer Altersrente der GRV stellt sie jedoch allenfalls für alleinlebende EM-RentnerInnen den zentralen Einkommensbestandteil dar. Neben der EM-Rente beziehen einige Betroffene andere Einkünfte; ein erheblicher Anteil ist aber auf Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder oder auf staatliche Leistungen angewiesen.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung erreichen EM-RentnerInnen ein deutlich niedrigeres Einkommensniveau. Die Einkommen sind allerdings nicht ungleicher verteilt als in der Gesamtbevölkerung. Des Weiteren sind Erwerbsgeminderte in erheblichem Umfang armutsgefährdet, was nicht nur die erwerbsgeminderten Personen selbst, sondern auch ihre Haushaltsmitglieder betrifft. Es wurde deutlich, dass Alleinlebende und Personen, die mit erwerbsgeminderten Männern zusammenleben, in besonderem Maße von Armut bedroht sind. Da sich in vielen Fällen an dieser Situation mittel- und langfristig nicht viel verändern wird, dürfte sich eine durch Erwerbsminderung bedingte Armutsgefährdung bis ins Alter fortsetzen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in seinem sogenannten Rentenpaket, dem Entwurf zu einem Alterssicherungsstärkungsgesetz im August 2012, auch Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich der EM-Rente vorgelegt: Zum einen sollen die Zurechnungszeiten schrittweise um zwei Jahre verlängert werden. Zum anderen soll der möglicherweise gesundheitsbedingte Lohnrückgang in den letzten Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung durch eine geänderte Berücksichtigung dieser Jahre bei der Bewertung der Zurechnungszeiten kompensiert werden. Darüber hinaus soll den ArbeitgeberInnen die Möglichkeit gegeben werden, Zusatzbeiträge für ihre Beschäftigten zu zahlen, um so höhere Rentenansprüche im Alter und bei Erwerbsminderung zu erzielen. Diese Maßnahmen sind sowohl bei den im Bundestag vertretenen Parteien als auch bei der Deutschen Rentenversicherung weitgehend unstrittig. Aus Sicht der Rentenversicherung sollten sie deshalb umgehend gesetzgeberisch umgesetzt werden; es wäre im Interesse der Betroffenen nicht zu verantworten, eine mögliche Verbesserung der materiellen Absicherung von Menschen mit Erwerbsminderung angesichts des nahenden Bundestagswahlkampfes zu verzögern. Dies hat auch der Sozialbeirat in seinem aktuellen Gutachten in deutlichen Worten eingefordert (vgl. Sozialbeirat 2012).

- 1 Dabei ist zu berücksichtigen, dass Erwerbsminderungsrenten seitens der Rentenversicherungsträger in Altersrenten „umgewandelt“ werden, wenn die Bezieher die Regelaltersgrenze erreichen. Die Anzahl der laufenden Erwerbsminderungsrenten unterzeichnet damit die Gesamtzahl der Renten, die an Menschen gezahlt werden, die aufgrund einer Erwerbsminderung vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden mussten.
- 2 Die Studie wurde vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund gefördert.

- 3 Nach der modifizierten OECD Skala erhält die erste Person des Haushalts das Gewicht 1,0, jede weitere Person ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Alle Gewichte werden zu einem Bedarfsgewicht des Haushalts aufsummiert.
- 4 Bei einem geringen Prozentsatz ruht die Rentenzahlung aufgrund eines zu hohen Hinzuverdienstes.
- 5 Der Alterssicherungsbericht berichtet u. a. über Ergebnisse der Studie „Alterssicherung in Deutschland (ASID)“. Diese sind allerdings aufgrund unterschiedlicher Studiendesigns nur bedingt mit der Studie „Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung“ vergleichbar. Zum Beispiel werden die zitierten Ergebnisse des Alterssicherungsberichts nur für Ehepaare und Alleinstehende ausgewiesen, nicht für Personen in Mehrpersonenhaushalten und Alleinlebende.

Bundesministerium der Justiz (BMJ; Hg.), 2000: Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 57, Jahrgang 2000. Bonn: S. 1827-1845.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS; Hg.), 2012a: Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Stand November 2012).

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS; Hg.), 2012b: Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2012 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI (Alterssicherungsbericht 2012).

Kaldybajewa, Kalamkas, Kruse, Edgar, 2012: Erwerbsminderungsrenten im Spiegel der Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten

zwischen Männern und Frauen. In: RVaktuell 8/2012: S. 206-216.

Korsukéwitz, Christiane, Rehfeld, Uwe, 2008: Rehabilitation und Erwerbsminderungsrenten – aktueller Stand und Entwicklungen. In: RVaktuell 9/2008: S. 274-284.

Korsukéwitz, Christiane, Rehfeld, Uwe, 2009: Rehabilitation und Erwerbsminderung – ein aktueller Überblick. In: RVaktuell 10/2009: S. 335-344.

Märtin, Stefanie, Zollmann, Pia, Buschmann-Steinhage, Rolf, 2012: Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung. Projektbericht I zur Studie. DRV-Schriften Bd. 99.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2012: Altersarmut: Tendenz steigend: Analysen zu Lebensstandard und Armut im Alter. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 47: S. 1-7.

Rische, Herbert, Kreikebohm, Ralf, 2012: Verbesserung der Absicherung bei Invalidität und mehr Flexibilität beim Übergang in Rente. Denkanstöße aus der Rentenversicherung zu den wichtigsten Themen der aktuellen Reformagenda. In: RVaktuell 1/2012: S. 2-16.

Sozialbeirat, 2012: Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2012 und zum Alterssicherungsbericht 2012 http://www.sozialbeirat.de/files/sozialbeirat_gutachten_zum_rvb_und_asb_2012.pdf

Stefanie Märtin und Pia Zollmann
Deutsche Rentenversicherung Bund
Referat Forschung zu Rehabilitation und Erwerbsminderung
 Tel.: 030 / 865-38824 und -39337
 stefanie.maertin@drv-bund.de
 pia.zollmann@drv-bund.de

Zur substanziellen Bedeutung kleiner (regionaler) Unterschiede

Anmerkungen zum „Glücksatlas 2012“

Im September des vergangenen Jahres wurde der „Glücksatlas 2012“ medienwirksam der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt. Publiziert werden darin die Ergebnisse einer Untersuchung zur Lebenszufriedenheit in Deutschland, die im Auftrag der Deutschen Post durchgeführt wurde. Die Hauptautoren sind Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg, und Klaus-Peter Schöppner, Geschäftsführer von TNS Emnid. Den Band ziert zudem ein Beitrag des Schweizer Ökonomen Bruno S. Frey, der zu den Pionieren der noch jungen „ökonomischen Glücksforschung“ zählt. Dort, wie auch im „Glücksatlas“ steht allerdings nicht das Glück im eigentlichen Sinne im Mittelpunkt, das die Menschen und die Medien seit jeher fasziniert, sondern die profanere Lebenszufriedenheit, die vielfach als ein summarischer Indikator für das subjektive Wohlbefinden verwendet wird.

Unter dem Motto „Wie zufrieden ist Deutschland?“, befasst sich die Untersuchung mit dem aktuellen Niveau und der Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Deutschland, stellt die deutschen Resultate in einen europäischen Kontext, sucht die Determinanten der

Lebenszufriedenheit zu bestimmen und legt einen besonderen Schwerpunkt auf regionale Unterschiede, wie man es von einem Atlas nicht anders erwartet. Ergänzend enthält der Band einen von K.-P. Schöppner verfassten abschließenden Teil zur Lebenszufriedenheit

und der Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Lebensverhältnisse in 13 deutschen Städten, der in dieser Form Neuigkeitswert hat. Der Band ist klar gegliedert, sehr professionell gestaltet und auch für ein Publikum jenseits der „Glücksexperten“ gut lesbar. Als zentrale Ergebnisse werden unter anderem die folgenden Befunde präsentiert:

- „Die Lebenszufriedenheit in Deutschland“ bleibt 2012, trotz der Unsicherheiten der Schulden-Krise, mit 7,0 Punkten erstaunlich stabil;
- Der regionale Glücksindex weist auch 2012 ein hohes Maß an Kontinuität auf – wieder führt Hamburg die Rangfolge an. Insgesamt glänzt der Nordwesten Deutschlands mit hohen Zufriedenheitswerten;
- In punkto Lebenszufriedenheit rücken die Ost- und Westdeutschen weiter zusammen. Die „Glückslücke“ zwischen Ost und West ist 2012 so gering wie nie seit der Einheit;
- Die wichtigsten Glücksbringer sind: Gesundheit, Partnerschaft, Freunde;
- Die Glückshemmnisse: Scheidung, Tod des Partners und Arbeitslosigkeit;
- Vertrauen und Lebenszufriedenheit hängen eng zusammen. Wer „Vertrauen zu Mitmenschen“ hat, ist deutlich zufriedener.¹

Während die Mehrzahl dieser Befunde – insbesondere auch die zu den als „Glücksbringer“ und „Glückshemmnisse“ genannten statistischen Korrelate und Determinanten der Zufriedenheit – nicht wirklich neu sind und lediglich die Ergebnisse früherer Studien bestätigen (vgl. u. a. Noll/Weick in ISI 44), gehört die differenzierte regionale Betrachtung zweifellos zu den Alleinstellungsmerkmalen dieser Untersuchung. Detailliert dargestellt und interpretiert werden die Werte eines „Glücksindex“ für 19 Regionen innerhalb Deutschlands – teilweise unterhalb der Ebene von Bundesländern – für die Jahre 2011 und 2012 sowie die Differenzen zwischen den Regionen und Veränderungen über die Zeit. Zudem werden für jede einzelne Region Informationen zu verschiedenen Bereichszufriedenheiten sowie sogenannte „regionale Glücksindikatoren“, wie z. B. Vertrauen, Interesse an Politik, Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Gini-Koeffizient oder touristische Anziehungskraft präsentiert, die herangezogen werden, um regionale Stärken und Schwächen zu identifizieren und die beobachteten Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Regionen zu erklären. Ob es sich dabei um „Glücksindikatoren“ handelt wie sie in der Studie bezeichnet werden, sei dahingestellt.

Für angreifbar und diskussionsbedürftig an der vorliegenden Studie, die insgesamt eine Fülle von Ergebnissen liefert – auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann und soll – und durchaus lesenswert ist, halten wir insbesondere die substanzielle Interpretation kleinster empirisch beobachteter Differenzen und Veränderungen nicht nur, aber vor allem im Hinblick auf die im Mittelpunkt dieser Studie stehende Untersuchung regionaler Unterschiede in der Lebenszufriedenheit. So heißt es z. B. im Kapitel „Der Regionenvergleich“:

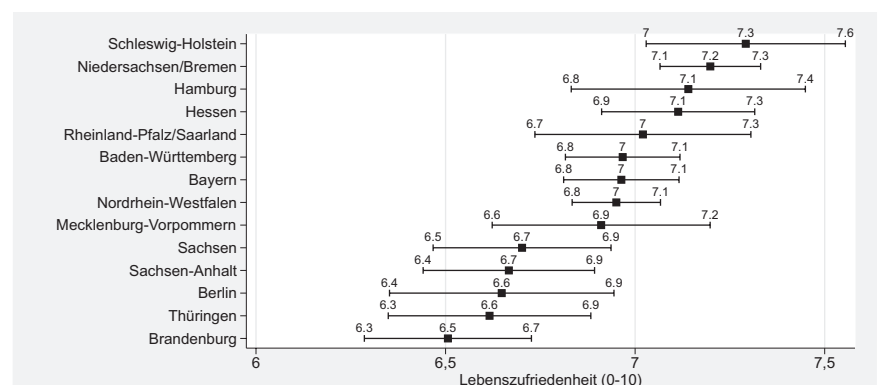
„Der Abstand zwischen der glücklichsten Region Hamburg, und der unzufriedensten Sachsen-Anhalt, beträgt nur noch knapp 0,7 Punkte. 2011 waren es noch rund 0,8. Der Grund liegt in der Aufwärtsdynamik in Ostdeutschland. Insbesondere Sachsen, Thüringen und Brandenburg machten einen Schritt nach vorn“ (S. 156). Mit anderen Worten hat sich die besagte Differenz von 2011 auf 2012 um 0,1 Skalenpunkte verringert. Einer Tabelle (S. 40, 157), in der die Werte eines „Glücksindex“ der Jahre 2011 und 2012 für die unterschiedlichen 19 Regionen gegenübergestellt werden, lässt sich entnehmen, dass der Wert zwischen 2011 und 2012 in Sachsen von 6,79 auf 6,82, in Thüringen von 6,45 auf 6,64 und in Brandenburg von 6,56 auf 6,63 gestiegen ist. Handelt es sich dabei wirklich um Veränderungen, die sich substantziell deuten lassen und die mit einer „Aufwärtsdynamik in Ostdeutschland“ zu erklären sind? In ähnlicher Weise werden auch in der zeitpunktbezogenen Querschnittsbetrachtung teilweise minimale Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Regionen substanziell gedeutet und weitreichend zu erklären versucht. Leider verzichten die Autoren darauf, dem Leser die Informationen zu liefern, die es erlauben würden, die Bildung des „Glücksindex“ nachzuvollziehen und die statistische Signifikanz der Differenzen zu beurteilen. Handelt es sich bei dem „Glücksindex“ um etwas anderes als die sonst zumeist herangezogene Lebenszufriedenheit, und wenn ja um was? Der Leser kann hier nur rätseln. Informationen über die diesbezüglichen Datengrundlagen sind lediglich einer Anmerkung zu den entsprechenden Tabellen zu entnehmen, in der es heißt: „Die regionalen Indexwerte basieren auf insgesamt 38.091 Beobachtungen, welche in Erhebungen zwischen Januar 2009 und Mai 2012 gewonnen wurden. Abstände von 0,1 und mehr können als tatsächliche Niveauunterschiede interpretiert werden“ (S. 40, 157). Als Quellen werden dort eigene Berechnungen auf der Grundlage des SOEP (2009, 2010) sowie Allensbach-Umfragen der Jahre 2011 und 2012 genannt. Aus der Tabelle 3 (S. 42) erfährt der Leser zudem, dass die SOEP-Erhebung des Jahres 2010 18.791 Fälle umfasst und die beiden Allensbach-Umfragen Fallzahlen von 1857 (2011) und 1608 (2012) verzeichneten. Aber

was heißt hier „38.091 Beobachtungen“, welche Daten und Fallzahlen stehen hinter den für 2011 und 2012 ausgewiesenen Werten des „Glücksindex“, und wie kommen die Autoren zu der Aussage, dass Differenzen von 0,1 und mehr Skalenpunkten tatsächliche Niveauunterschiede und Veränderungen darstellen würden? Uns erscheint diese Behauptung mindestens zweifelhaft, auch wenn sie angesichts der vorenthaltenen Informationen letztlich nicht nachprüfbar ist.

Unsere Zweifel gründen sich auf die Ergebnisse von eigenen Berechnungen der statistischen Fehlerspielräume und Signifikanz von regionalen Differenzen, die sich ergeben, wenn die Lebenszufriedenheit auf der Ebene der deutschen Bundesländer nachgewiesen wird. Den Berechnungen liegen die Daten des SOEP (ohne die Samples D [Zuwanderer 1984-93 in Westdeutschland] und G [Hocheinkommensbezieher] aus dem Jahr 2010 zugrunde (Grafik 1).² Bei insgesamt 15.002 in die Berechnung eingehenden Fällen, bewegt sich die Fallzahl für die einzelnen Bundesländer zwischen 224 (Hamburg) und 3.009 (Nordrhein-Westfalen). Bremen wird wegen einer sehr geringen Fallzahl – ähnlich wie im „Glücksatlas“ – mit Niedersachsen zusammengefasst und das Saarland mit Rheinland-Pfalz, so dass hier lediglich 14 Regionen unterschieden werden gegenüber 19 im „Glücksatlas“. Die ausgewiesenen Konfidenzintervalle fallen damit kleiner aus als es der Fall wäre, wenn die dort verwendete differenziertere regionale Untergliederung hätte zugrundegelegt werden können.³ Für die Berechnungen wurde eine STATA-Routine unter Berücksichtigung komplexer Stichprobendesigns verwendet. Das angelegte Konfidenzniveau beträgt 95%.

Wie aus der Grafik 1 hervorgeht, beträgt der berechnete Fehlerspielraum im günstigsten Fall 0,2 Skalenpunkte (Niedersachsen/Bremen), reicht aber in fünf der vierzehn Regionen bis zu 0,6 Skalenpunkten. Im Vergleich der unterschiedlichen westdeutschen Bundesländer/Regionen überlappen sich die errechneten Konfidenzintervalle um die jeweiligen Mittelwerte der Lebenszufriedenheit nur in einem Falle nicht (Schleswig-Holstein/Berlin), wobei Berlin, das weder eindeutig als westdeutsches,

Grafik 1: Lebenszufriedenheit im regionalen Vergleich: Mittelwerte und Konfidenzintervalle



Datenbasis: SOEP 2010 (ohne Samples D und G)

noch als ostdeutsches Bundesland zu betrachten ist, einen Sonderfall darstellt. Im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer/Regionen sind sämtliche berechneten Konfidenzintervalle überlappt. Um zu ermitteln, welche Mittelwertdifferenzen in der Lebenszufriedenheit zwischen den unterschiedenen Bundesländern/Regionen statistisch signifikant sind, wurden in einem weiteren Schritt sämtliche beobachteten Mittelwertdifferenzen zwischen den Bundesländern/Regionen paarweisen t-Tests unterzogen.

Lässt man Berlin aus den genannten Gründen außer Betracht, erweisen sich nur ganz wenige Lebenszufriedenheitsdifferenzen zwischen den westdeutschen Bundesländern/Regionen als statistisch signifikant: In Schleswig-Holstein und in Niedersachsen/Bremen sind die Menschen – aus welchen Gründen auch immer – im Durchschnitt mit ihrem Leben jeweils geringfügig (0,2-0,3 Skalenpunkte) zufriedener als in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Alle anderen beobachteten Differenzen zwischen den westdeutschen Bundesländern/Regionen bewegen sich innerhalb des Zufallsspielraums und sind statistisch nicht signifikant. Hamburg, dessen Bewohner im „Glücksatlas“ als besonders zufrieden und glücklich herausgestellt werden und über dessen Spitzenposition im „Glücksranking“ weitreichende Spekulationen angestellt wurden, unterscheidet sich von keiner der übrigen westdeutschen Regionen in signifikanter Weise. Im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer/Regionen ist nach unseren Berechnungen lediglich der Unterschied in der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg „überzufällig“, d. h. statistisch signifikant.

Was bleibt, ist der seit Beginn der Wiedervereinigung bekannte Ost-West-Unterschied in der Lebenszufriedenheit: Im Vergleich der westdeutschen mit den ostdeutschen Bundesländern/Regionen erweisen sich 28 von 40 Mittelwertdifferenzen in der Lebenszufriedenheit als statistisch signifikant. Wenn es in Deutschland ein bemerkenswertes regionales „Glücksgefälle“ gibt, dann zwischen West und Ost, wobei die regional differenzierte Betrachtung verdeutlicht, dass sich diese Differenz nicht durchgängig über alle Bundesländer/Regionen gleichermaßen zeigt, sondern dass dabei auch einzelne Ausnahmen zu beobachten sind. Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Mecklenburg-Vorpommern unterscheidet sich demnach z. B. lediglich von der in Schleswig-Holstein, die beobachteten Differenzen zu allen anderen Bundesländern/Regionen sind nicht signifikant.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die substanziale Interpretation kleinster empirisch beobachteter Mittelwertdifferenzen, wie z. B. regionale Unterschiede, in der Lebenszufriedenheit höchst problematisch erscheint, sofern nicht wenigstens die statistische Signifikanz der Differenzen in überprüfbarer Weise nachgewiesen wird. Das ist im „Glücksatlas“ leider nicht der Fall.

- 1 Vgl. „Wichtigste Ergebnisse auf einen Blick“; http://www.dp-dhl.com/content/dam/presse/specials/gluecksatlas_2012/gluecksatlas-2012-wichtigste-ergebnisse.pdf; download 21.01.2013)
- 2 Wir danken Tobias Link (ZSi) für die kompetente Unterstützung bei den umfangreichen STATA-Berechnungen. Die im „Glücksatlas“ verwendete differenziertere regionale Gliederung konnte mit den uns vorliegenden Regionalinformationen aus dem SOEP nicht nachvollzogen werden.
- 3 Im „Glücksatlas“ werden die Bundesländer Bayern in Bayern-Süd und Franken untergliedert, Baden-Württemberg in Baden und

Württemberg, Nordrhein-Westfalen in die drei Regionen Nordrhein/Köln, Nordrhein/Düsseldorf und Westfalen. Jenseits der an Bundesländern orientierten Gliederung gibt es zudem die Regionen Niedersachsen/Nordsee und Niedersachsen/Hannover. Detaillierte methodische Angaben zur regionalen Untergliederung werden nicht präsentiert.

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS**

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

Egalitär arbeiten – familienzentriert leben: Kein Widerspruch für ostdeutsche Eltern

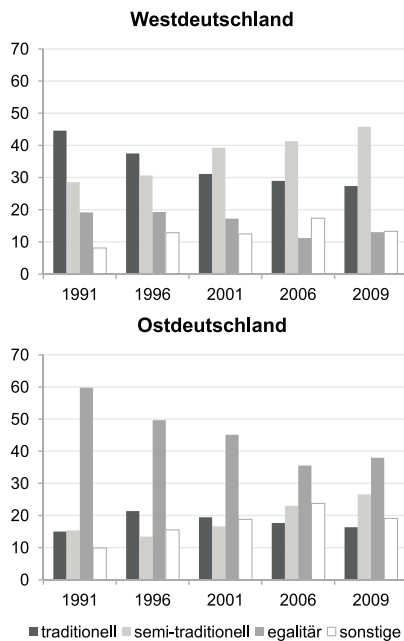
Analysen zu Erwerbskonstellationen von Eltern in Deutschland

Die Entscheidung über die Arbeitsteilung in einer Partnerschaft mit Kindern wird von den jeweiligen Partnern innerhalb eines familien- und sozialpolitisch vorgezeichneten Rahmens, einer spezifischen Infrastruktur (z. B. Möglichkeiten der Kinderbetreuung) und in einem historisch gewachsenen kulturellen Klima (z. B. Männlichkeits-/Weiblichkeits-/Familienleitbilder) getroffen. Diese Rahmung durch strukturelle Faktoren und gesellschaftliche Leitbilder beeinflusst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ebenso wie sie Einfluss auf den Familienalltag und das Wohlbefinden in der jeweiligen Lebenssituation haben kann. Ein Beispiel par excellence für den Einfluss gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf die Erwerbsbeteiligung von Eltern ist Deutschland. Als Ende der 1980er Jahre die Mauer fiel, trafen mit ‚BRD‘ und ‚DDR‘ zwei Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen familienpolitischen Ausrichtungen aufeinander. Im Prozess der Wiedervereinigung wurde das westdeutsche sozial- und familienpolitische System auf Ostdeutschland übertragen. Der vorliegende Beitrag geht den Fragen nach, wie sich die Erwerbsmuster von Eltern in Ost und West in den letzten zwei Dekaden entwickelt haben und wie sich das Wohlbefinden von Müttern und Vätern in Hinblick auf Arbeitsteilung und Familie in den beiden Regionen Deutschlands heute darstellt.

In Westdeutschland war die Familienpolitik noch Anfang der 1990er Jahre stark am Modell des männlichen Alleinernährers ausgerichtet. Auch wenn mit der Abschaffung der „Hausfrauenehe“ als gesetzlich fixiertem Leitbild in den 1970er Jahren und den ersten Regelungen des Elternurlaubs und Erziehungsgeldes in den 1980er Jahren mehr Gleichberechtigung signalisiert wurde, wurden tradierte Rollenmuster fortgeschrieben. Die Betreuung von Kindern wurde der Familie und hier vor allem der Mutter zugeschrieben, eine gleichzeitige Realisierung von Familientätigkeit und Erwerbsarbeit wurde von weiten Teilen der Gesellschaft als problematisch wahrgenommen. Als Leitbild der weiblichen Erwerbstätigkeit galt die sequentielle Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Sinne des Drei-Phasen-Modells. Erst seit der Jahrtausendwende deutet sich mit der Einführung von Elternzeit (2001), Elterngeld und Vätermoaten (2007) eine grundlegende Umorientierung an. Nach wie

vor wird in Deutschland jedoch das tradierte Leitbild der Versorgerehe mit dem Mann als Alleinernährer durch Anreize in der Steuer- und Sozialpolitik begünstigt (Träger 2009). Ganz anders stellte sich die Situation in der DDR Ende der 1980er Jahre dar. Die volle Integration von Frauen in das Erwerbsleben war ein explizites gesellschaftspolitisches Ziel, wurde normativ für selbstverständlich erachtet und auf verschiedenen Ebenen institutionell gefördert. Unabhängig vom Alter der Kinder war die im Lebensverlauf kontinuierliche Vollzeitstätigkeit von Müttern der gesellschaftliche Regelfall, unterstützt durch ein flächendeckendes öffentliches Ganztagsangebot der Kinderbetreuung. Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden die in Westdeutschland geltenden sozial- und familienpolitischen Prinzipien im Wesentlichen auf Ostdeutschland übertragen und damit zu den gesamtdeutschen Randbedingungen, wie auch die westdeutsche Normenwelt – von

Grafik 1: Erwerbsarrangements von Elternpaaren¹ im Wandel



1) Bezogen auf Paare, bei welchen die Frau zwischen 18 und 55 Jahre alt ist und mindestens ein minderjähriges Kind im Haushalt lebt

Datenbasis: Mikrozensus 1991-2009 (Scientific Use Files), eigene Berechnungen

Ausnahmen abgesehen – zur „Schablone“ für Ostdeutschland wurde (Wagner 2010: 42). Vor diesem Hintergrund interessiert die Frage, ob infolge der Angleichung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf eine Konvergenz in den beiden Regionen Deutschlands zu beobachten ist, im Sinne einer Annäherung der Erwerbsarrangements, der Lebenssituation und des Lebensgefühls. Im Fokus stehen hierbei sowohl die strukturelle Perspektive des Wandels der Erwerbsmuster von Paaren als auch das individuelle Wohlbefinden von Müttern und Vätern.

Die empirischen Analysen basieren auf Daten des Mikrozensus (1991-2009) und der Erhebung „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) des Deutschen Jugendinstituts. Mit dem Mikrozensus wird der Strukturwandel der partnerschaftlichen Erwerbsmuster im Zeitverlauf betrachtet. Untersucht werden 18 bis 55-jährige Frauen, die mit ihrem Partner und mindestens einem minderjährigen Kind in einem gemeinsamen Haushalt leben. Mit den im Jahr 2009 erhobenen AID:A-Daten (vgl. Rauschenbach 2012) analysieren wir das Wohlbefinden von Müttern sowie von Vätern in Ost und West.

Bei den Erwerbsarrangements unterscheiden wir zwischen folgenden drei Typen (1): Traditionell (vollzeittätiger Mann, nichterwerbstätige Frau); (2) Semi-traditionell (vollzeittätiger Mann; teilzeittätige Frau); (3) Egalitär (beide Partner sind zu gleichen Anteilen erwerbstätig, nämlich entweder beide Teilzeit oder beide Vollzeit).¹ Diese Typen charakterisieren die

strukturelle Anlage des jeweiligen Arrangements; über paarspezifisch unterschiedliche Ausgestaltungen, über Gründe für die jeweilige „Wahl“ sagen sie nichts aus. Mit ihnen können der Wandel und die aktuelle Verteilung der Erwerbsarrangements weitgehend abgedeckt werden (z. B. Träger 2009; Tölke 2012). In unseren Mikrozensusanalysen wird zusätzlich die Gruppe ‚Sonstige Erwerbskonstellationen‘ ausgewiesen.² Weiterhin wurden für die folgenden Analysen Paare, bei denen ein oder beide Partner in Ausbildung, im Studium, in Mutterschutz oder Elternzeit waren ausgeschlossen, da hier keine adäquate Zuordnung zu den Erwerbskategorien (Vollzeit, Teilzeit, Nichterwerbstätig) möglich ist. Die Differenzierung zwischen Vollzeit und Teilzeit orientiert sich am Kriterium der Wochenarbeitszeit von 30 Stunden und mehr bzw. weniger. Minijobs, 1-Euro-Jobs, gelegentliche/unregelmäßige Beschäftigungen und Arbeitslosigkeit wurden als nicht erwerbstätig definiert. Der strukturelle Wandel der Erwerbsarrangements wird deskriptiv dargestellt.

Erwerbsmuster von Eltern in Deutschland: Semi-traditionell im Westen, egalitär im Osten

In einem ersten Schritt betrachten wir den allgemeinen Wandel in den Erwerbsmustern von Eltern für die beiden Jahrzehnte seit der Wende (Grafik 1). Erwartungsgemäß dominiert in Westdeutschland Anfang der 1990er Jahre das traditionelle Erwerbsarrangement. Bei fast der Hälfte der Eltern (45%) mit Kindern unter 18 Jahren ging der Mann einer Vollzeittätigkeit nach, wohingegen die Frau nicht erwerbstätig war. Etwas weniger als 30% der Paare arrangierten sich semi-traditionell, im Sinne der Kombination einer männlichen Vollzeit- und weiblichen Teilzeittätigkeit. Nahezu ein Fünftel der Eltern weist ein egalitäres Erwerbsmuster auf. Im Zeitverlauf sind für Westdeutschland drei markante Entwicklungen erkennbar: (1) Ein kontinuierlicher Rückgang des traditionellen Arrangements.

Der Anteil von 45% im Jahr 1991 schrumpft in den zwei Jahrzehnten auf nur noch 27% im Jahr 2009. (2) Ein im gleichen Zeitraum nahezu spiegelbildlicher Anstieg der semi-traditionell erwerbstätigen Paare: 2009 war bei fast jedem zweiten Elternpaar (46%) der Mann vollzeit- und die Frau teilzeiterwerbstätig, zu Beginn der 1990er Jahre waren es hingegen nur 29%. (3) Ein Rückgang der Partnerschaften mit einer egalitären Erwerbsbeteiligung. Ihr Anteil ging zwischen 1991 und 2009 von 19% auf 13% zurück. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, denn sie bedeutet, dass der Anstieg der semi-traditionellen Erwerbsarrangements in Westdeutschland eben nicht ausschließlich auf einer zunehmenden Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt beruht, sondern teilweise auch durch einen Rückzug von Müttern aus der Vollzeittätigkeit bedingt ist. Dieser Rückgang der Vollzeittätigkeit setzt in etwa mit der Einführung des Teilzeit-Befristungsgesetzes (2001) ein und wird unterstützt durch Befunde aus anderen Studien (z. B. Schulze-Buschoff 1999), die für westdeutsche Mütter eine Präferenz für eine zeitlich reduzierte Erwerbstätigkeit aufzeigen.

Im Vergleich hierzu war in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre die überwiegende Mehrheit der Elternpaare egalitär erwerbstätig (Grafik 1). Traditionelle sowie semi-traditionelle Erwerbskonstellationen wurden mit 15% jeweils nur von einer Minderheit der Elternpaare gelebt. Zwischen 1991 und 2006 geht der Anteil der egalitären Erwerbsarrangements von 60 auf 36% ganz erheblich zurück. Damit scheint jedoch ein vorläufiger Tiefpunkt erreicht zu sein, zwischenzeitlich ist wieder ein leichter Anstieg egalitärer Arrangements zu beobachten. Ähnlich wie in Westdeutschland nehmen auch in Ostdeutschland die semi-traditionellen Erwerbsarrangements zu, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Im Jahr 2009 lebt etwas mehr als ein Viertel der Paare in semi-traditionellen Erwerbsarrangements, in Westdeutschland ist es hingegen nahezu die Hälfte.

Tabelle 1: Erwerbsarrangements von Eltern¹ 1991 und 2009 nach Alter des jüngsten Kindes

Erwerbsarrangement	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt					
	< 3		3-5		6-17	
	1991	2009	1991	2009	1991	2009
	in Spaltenprozenten					
	Westdeutschland					
traditionell	59	45	48	27	36	21
semi-traditionell	18	25	29	49	34	53
egalitär	13	13	16	10	22	15
sonstige	10	18	7	14	8	12
	Ostdeutschland					
traditionell	26	28	15	12	11	13
semi-traditionell	12	18	16	32	16	29
egalitär	50	30	61	37	63	42
sonstige	12	25	8	19	10	16

1) Bezogen auf Paare, bei welchen die Frau zwischen 18 und 55 Jahre alt ist und mindestens ein minderjähriges Kind im Haushalt lebt

Datenbasis: Mikrozensus 1991, 2009 (Scientific Use Files), eigene Berechnungen

Indem in beiden Regionen Deutschlands semi-traditionelle Erwerbsarrangements an Bedeutung gewonnen haben, ist eine leichte Tendenz zu einer deutsch-deutschen Konvergenz erkennbar. Nach wie vor bestehen jedoch prägnante Unterschiede sowohl im Niveau als auch in der Verteilungsstruktur der partnerschaftlichen Erwerbsmuster: In den westdeutschen Bundesländern dominiert das semi-traditionelle Modell gefolgt vom traditionellen Modell, das immerhin noch von über einem Viertel der Eltern gelebt wird. Das egalitäre Erwerbsarrangement ist hingegen in Westdeutschland in der Gegenwart nahezu bedeutungslos. In starkem Kontrast hierzu ist bei den in Ostdeutschland lebenden Paaren die egalitäre Erwerbsbeteiligung weiterhin das vorherrschende Muster, gefolgt vom semi-traditionellen Modell. Das traditionelle Erwerbsarrangement führt bei ostdeutschen Paaren ein Schattendasein. Diese Ost-West-Unterschiede wären noch weitaus ausgeprägter, wenn die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland günstiger wäre. Weitergehende Analysen – die hier nicht dargestellt werden – zeigen, dass die traditionellen Erwerbsarrangements im Osten wesentlich häufiger als im Westen ihre Ursache in der Arbeitslosigkeit der Mütter hat. Gleichfalls zeigt sich für die semi-traditionellen Arrangements, dass ostdeutsche Mütter deutlich häufiger als westdeutsche Vollzeit arbeiten wollen, aber keine entsprechende Arbeitsstelle finden.

In diesem Zusammenhang ebenfalls bemerkenswert sind die Elternpaare mit „sonstigen“ Erwerbskonstellationen. Diese Gruppe setzt sich aus sechs kleinen Subgruppen zusammen, hierzu gehören bspw. Paare, bei denen beide Partner nicht erwerbstätig bzw. arbeitslos sind. Der Anteil der sonstigen Erwerbskonstellationen lag Anfang der 1990er Jahre bei 8% (Westdeutschland) bzw. 10% (Ostdeutschland). Im Zeitverlauf ist ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der im Jahr 2006 mit 17% in Westdeutschland bzw. 24% in Ostdeutschland ein vorläufiges Maximum erreicht. In den Folgejahren bis 2009 nehmen die sonstigen Erwerbskonstellationen bei den Paaren dann wieder leicht ab. Diese Entwicklung ist Ausdruck der ökonomischen Krise zwischen Mitte der 1990er Jahre und circa 2005, die von einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit begleitet war. De facto zeigt sich diese Arbeitsmarktentwicklung in der Gruppe der sonstigen Erwerbskonstellationen in einem stark steigenden Anteil von Elternpaaren, bei denen weder Vater noch Mutter erwerbstätig ist: In Westdeutschland stieg ihr Anteil an allen Elternpaaren zwischen 1991 und 2006 von 3% auf 8%, in Ostdeutschland von 2% auf 13% an.

Egalitäre Erwerbsarrangements verlieren in Westdeutschland an Bedeutung

Bekanntlich ist zumindest in Westdeutschland auch das Alter der Kinder wesentlich für die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Dabei gilt, je jünger die Kinder, desto stärker die Tendenz zu traditionellen Erwerbsarrange-

ments (Marold 2009). Dies steht einerseits in Zusammenhang mit kulturellen Leitbildern zur primären Zuständigkeit der Mutter für die Kindererziehung. Andererseits begrenzen auch die Möglichkeiten der außerfamiliären Kinderbetreuung die mütterliche Erwerbstätigkeit. Welche Auswirkungen hat es auf die Erwerbsmuster, ob in der Familie Kleinkinder (unter 3-Jährige), Vorschulkind (3 bis 5-Jährige) oder Schulkinder (6 Jahre und älter) leben und welche Veränderungen sind zwischen 1991 und 2009 zu beobachten?

Erwartungsgemäß zeigt sich für Westdeutschland Anfang der 1990er Jahre ein enger Zusammenhang zwischen dem Alter des jüngsten Kindes und dem Erwerbsmuster der Eltern (Tabelle 1). War das jüngste Kind unter 3 Jahren, arrangierte sich die überwiegende Mehrheit der Elternpaare (59%) traditionell. Mit zunehmendem Alter der Kinder beteiligten sich die Mütter stärker am Erwerbsleben. Mit Kindern im Schulalter richtete gut ein Drittel der Paare ihre Erwerbsbeteiligung in semi-traditioneller und etwas mehr als ein Fünftel in egalitärer Weise aus. In Ostdeutschland hingegen hatte das Alter der Kinder einen allenfalls marginalen Einfluss auf das Erwerbsmuster der Eltern.

Nahezu unabhängig vom Alter der Kinder war hier das egalitäre Erwerbsarrangement vorherrschend.

Diese markanten Unterschiede kurz nach der Wende sind bekannt. Bemerkenswerter ist die Entwicklung im Zeitverlauf. Wie oben gezeigt, geht der Anteil der traditionellen Erwerbsarrangements in Westdeutschland allgemein zurück. Leben jedoch Kleinkinder in der Familie, ist die traditionelle Arbeitsteilung mit 45% auch heute noch das dominierende Erwerbsmuster (1991: 59%). Sind die jüngsten Kinder bereits im Vorschul- oder Schulalter hat sich das semi-traditionelle Modell durchgesetzt, es wird 2009 von circa der Hälfte der Paare praktiziert. In diesem Zusammenhang ist der Rückgang der egalitär erwerbstätigen Paare überraschend: Wiesen 1991 noch 16% der Paare mit einem Kind im Vorschulalter ein egalitäres Erwerbsmuster auf, sind es 2009 nur 10%; bei Paaren mit Kindern im Schulalter geht der Anteil von 22% (1991) auf 15% (2009) zurück. Um es pointiert zu formulieren: Der Anteil der egalitären Erwerbsarrangements von Eltern in Westdeutschland ist in der Gegenwart geringer als vor 20 Jahren. Da sich die Mög-

Tabelle 2: Faktoren des Wohlbefindens und die dazugehörigen Items

<i>Faktoren und ihre Dimensionen</i>	<i>Items und Skalen im Fragebogen; Codierung für Regressionsanalyse¹</i>
1) Freude an der Familie	
	6-stufige Skala
Familienklima	Ich bin gerne mit meiner Familie zusammen. In unserer Familie können wir über alles sprechen. In unserer Familie haben wir viel Spaß miteinander. Skalen von 1 „immer“ bis 4 „nie“ Codierung: Antwort 1 = 1; Antworten 2 bis 4 = 0.
Elternrolle	Mir bereitet es Freude Mutter/Vater zu sein. Skala von 1 „trifft voll und ganz zu“ bis 6 „trifft überhaupt nicht zu“ Codierung: Antworten 1 und 2 = 1; Antworten 3 bis 6 = 0
Partnerschaft	Wie glücklich schätzen Sie Ihre Partnerschaft ein? Skala von 1 „sehr glücklich“ bis 6 „sehr unglücklich“ Codierung: Antwort 1 = 1; Antworten 2 bis 6 = 0
2) Belastungen	
	4-stufige Skala
Sorge	Ich habe viele Sorgen.
Stress	Ich fühle mich meistens gestresst.
Überforderung	Meine Aufgaben als Mutter/Vater überfordern mich. Skalen von 1 „trifft voll und ganz zu“ bis 6 „trifft überhaupt nicht zu“ Codierung: Antworten 1 und 2 = 1; Antworten 3 bis 6 = 0
3) Familienzentrierung	
	3-stufige Skala
Paar	Wie häufig unternehmen Sie etwas mit Ihrem Partner/Ihrer Partnerin ohne die Kinder?
Individuum	Wie häufig unternehmen Sie etwas allein oder mit Freunden ohne Ihre Familie? Skala von 1 „täglich“ bis 5 „nie“ Codierung: Antworten 4 und 5 = 1; Antworten 1 bis 3 = 0

1) Die Beantwortung der einzelnen Items wurde in Abhängigkeit von der Stärke ihrer Zustimmung in 1 und 0 codiert. Die jeweilige Anzahl starker Zustimmungen auf den drei mittels Faktorenanalyse ermittelten Faktoren ging als abhängige Variable in die lineare Regressionsanalyse ein. Hier wurde dann geprüft, in welchem Zusammenhang die hohen Zustimmungen mit den praktizierten Erwerbsarrangements, der Wohnregion Ost-/ Westdeutschland und dem Geschlecht stehen.

lichkeiten der Kinderbetreuung im Vergleich zu den 1990er Jahren in Westdeutschland zumindest tendenziell verbessert haben, müssen die Ursachen für diese Entwicklung an anderer Stelle liegen. Naheliegender wäre, dass sich in Westdeutschland das Modell der teilzeiterwerbstätigen Mutter als Lösung der Vereinbarkeitsproblematik bei Paaren durchgesetzt hat, ohne dass andere gesellschaftliche Modernisierungsprozesse (z. B. Änderung des Unterhaltsrechts, ansteigende Scheidungsquoten) in Hinblick auf die zukünftigen Erwerbschancen sowie möglichen finanziellen und sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen für die Frau im Falle eines Scheiterns der Partnerschaft in das Kalkül einfließen. Für Mütter in Ostdeutschland war eine einschneidende gesellschaftspolitische Veränderung, dass sie nicht mehr unter einem staatlich verordneten „Vollzeit-Erwerbszwang“ stehen. Auch wenn die Erwerbsarrangements gegenwärtig stärker durch das Alter der Kinder geprägt sind als noch vor 20 Jahren, tendieren ostdeutsche Eltern nach wie vor klar zum egalitären Modell, insbesondere wenn die Kinder das Schulalter erreicht haben (Tabelle 3). Vor dem Hintergrund, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – soweit sie sich auf das sozial- und familienpolitische System beziehen – zwischen Ost- und Westdeutschland angeglichen wurden, ist dieser Befund unseres Erachtens ein starker Indikator für den nachhaltigen Einfluss von familienpolitischen Leitbildern und dem hieraus historisch gewachsenen und gefestigten kulturellen Klima auf das Erwerbsverhalten von Müttern. Pointiert formuliert: Während in Westdeutschland die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit dem Hinweis auf das Kindeswohl und eine mögliche mütterliche Doppelbelastung als problembehaftet wahrgenommen wird, scheinen in Ostdeutschland die vor 1990 vorherrschenden familien- und frauenpolitischen Prinzipien, nach denen Mutterschaft und eine

gleichzeitige Erwerbstätigkeit keineswegs per se problematisch sein müssen, weiter zu wirken.

Egalitär arbeiten – familienzentriert leben

Die jeweilige Erwerbskonstellation bildet den zeitlichen Rahmen für den Alltag von Familien mit je spezifischen Anforderungen und Möglichkeiten. Das Erwerbsarrangement steht u. a. in Beziehung zur Arbeitsteilung im Haushalt, zur Betreuung der Kinder und zu gemeinsamen Aktivitäten. Deshalb erwarten wir, dass sich die Erwerbsmuster auf die drei mittels Faktorenanalyse gebildeten Faktoren „Freude an der Familie“, „subjektive Belastung“ und „Familienzentrierung in der Freizeit“ auswirken und von Müttern und Vätern unterschiedlich wahrgenommen werden. Aufgrund der kulturell unterschiedlichen Erfahrungen ist anzunehmen, dass nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland Unterschiede bestehen. Die in die drei Faktoren einfließenden Items sind in Tabelle 2 dargestellt. Der Faktor „Freude an der Familie“ bildet die Dimensionen Familienklima, Elternrolle und Partnerschaft ab und kann auf der Basis der fünf Items Werte zwischen 0 und 5 annehmen. Ein Wert von fünf bedeutet, dass die jeweilige Person in allen fünf Items die höchste Zustimmung gewählt hat. Ein Wert von 0 besagt, dass bei keinem der Items die höchste Zustimmung gewählt wurde. Der Faktor „Belastungen“ mit den Dimensionen Sorge, Stress, Überforderung kann Werte zwischen 0 und 3 annehmen, wobei der Wert 0 für eine niedrige und der Wert 3 für eine hohe Belastung steht. Der Faktor „Familienzentrierung“ beinhaltet die beiden Dimensionen Paar und Individuum und weist Werte zwischen 0 und 2 auf. Der Wert 0 steht für eine geringe Familienzentrierung, der Wert 2 entspricht einer hohen Familienzentrierung. Für diese Faktoren wurde regressionsanalytisch geprüft, in welchem Zusammenhang sie mit den praktizierten

Erwerbsarrangements, der Wohnregion Ost-/Westdeutschland und dem Geschlecht stehen. Berichtet werden nur signifikante Effekte aus den Regressionsanalysen.

Die Freude an der Familie ist bei Müttern und Vätern insgesamt groß (Tabelle 3, Modelle 1 bis 3). Jedoch zeigen sich wie schon bei den strukturellen Erwerbsarrangements deutliche Ost-West-Unterschiede und zusätzlich ein bemerkenswerter Geschlechtereffekt. Am positivsten äußern sich ostdeutsche Väter. Sie haben im Durchschnitt einen um 0,6 höheren Koeffizienten (4,4) auf der sechsstufigen Skala „Freude in der Familie“ als westdeutsche Mütter, die mit einem Wert von 3,8 den letzten Platz in der Rangfolge einnehmen. Im Mittelfeld liegen die ostdeutschen Mütter (4,1) und westdeutschen Väter (4,0). Der Unterschied zwischen Müttern und Vätern ist in Westdeutschland mit der Differenz von 0,2 zwar gering, jedoch ebenfalls signifikant. Das Ergebnis lässt sich so zusammenfassen: Väter äußern größere Freude über ihre Familie als Mütter – dies ist im Osten und Westen der Fall – und ostdeutsche Eltern haben mehr Freude an ihrer Familie als westdeutsche Eltern.

Auch bei der Familienzentrierung in der Freizeit sehen wir einen erheblichen Ost-West-Unterschied (Tabelle 3, Modelle 7 bis 9). Die Freizeitaktivitäten ostdeutscher Eltern sind stärker in die Familie eingebunden, d. h. sie unternehmen weniger allein ohne den Partner oder ohne ihre Kinder. Die gemeinsamen Aktivitäten mit der Familie sind bei den ostdeutschen Müttern und Vätern um 0,3 bzw. 0,2 Punkte höher auf der dreistufigen Skala als in der Vergleichsgruppe der westdeutschen Mütter. Ostdeutsche Eltern agieren in ihrer freien Zeit familienbezogener, westdeutsche individualisierter. Bei diesem Faktor gibt es keinen Geschlechtereffekt. Eine mögliche Ursache für die größere Familienzentrierung sowie Freude

Tabelle 3: Lineare Regressionsanalysen zu den drei Faktoren des Wohlbefindens (b-Koeffizienten)

	Freude an Familie (Skala 0-5)			Familiale Belastungen (Skala 0-3)			Familienzentrierung (Skala 0-2)		
	Modell 1 Alle	Modell 2 Mütter	Modell 3 Väter	Modell 4 Alle	Modell 5 Mütter	Modell 6 Väter	Modell 7 Alle	Modell 8 Mütter	Modell 9 Väter
(Konstante)	3,812***	3,818***	3,946***	,430***	,447***	,472***	,945***	,911***	1,017***
Geschl./Ost-West Ref.: Mütter West									
Mütter Ost	,272*	,255**		,112	,103		,345***	,342***	
Väter Ost	,540***		,409**	,145		,094	,243**		,229*
Väter West	,185***			,053			,002		
Erwerbsmuster Ref.: traditionell									
Semi-tradit.	-,011	-,029	,029	-,024	,021	-,035	-,115**	-,133**	-,094
Egalitär	-,137	-,108	-,217	,062	,083	,016	-,156**	-,174**	-,145
N	2.179	1.324	856	2.179	1.324	856	2.179	1.324	856
R ²	,070	,081	,065	,027	,032	,034	,063	,066	,073

Weitere im Modell kontrollierte Variablen, auf die in diesem Beitrag aus Platzgründen nicht eingegangen wurde: Familienstand, Anzahl der Kinder, Alter jüngstes Kind, Bildungskonstellation des Paares, Lebensalter, Konfession, Migrationshintergrund.

Signifikanzniveaus: 0,05 *; 0,01 **; 0,001 ***

Datenbasis: AID:A, eigene Berechnungen

an der Familie mag in den nachwirkenden Gewohnheiten, alltagskulturellen Normen und Sichtweisen aus DDR-Zeiten liegen. Beruf und Familie (und damit auch die Freizeit) wurden als getrennte Lebensbereiche wahrgenommen und gestaltet, wobei Familie und Freizeit ein hoher und eigenständiger Stellenwert zukam. Schorlemmer (2010: 78) hat diese Trennung als „Doppelexistenz von ´privat´ und ´öffentlich´“ beschrieben. In anderen Kontexten wird die Familie als „Nischenform“ charakterisiert, in der „[...]sich die Familien als Ganzes bereits zu DDR-Zeiten von der Gesellschaft ´emanzipierten´ bzw. individuierten“ (Reis 2010: 121).

Familiale Belastungen durch Sorgen, Stress und Überforderung mit der Elternrolle werden hingegen weder zwischen Ost- und Westdeutschen noch von Müttern und Vätern unterschiedlich wahrgenommen (Tabelle 3, Modelle 4 bis 6). Belastungen sind demnach von anderen Faktoren als den historisch gewachsenen kulturellen Gewohnheiten abhängig, sie scheinen familienimmanent ein Teil des Alltags und in der Familienentwicklung zu sein.

Entgegen den Erwartungen haben die Erwerbsarrangements der Paare kaum Einfluss. In traditionellen, semi-traditionellen oder egalitären Erwerbsarrangements lebende Mütter und Väter unterscheiden sich weder in ihrer Freude an der Familie noch in den wahrgenommenen familialen Belastungen. Lediglich bei dem Aspekt, wie familienzentriert die Freizeit verbracht wird, führen die Erwerbsmuster zu Unterschieden, dies jedoch nur bei den Müttern. Mütter in semi-traditionellen Arrangements haben einen um 0,1, in egalitären Arrangements einen um 0,2 niedrigeren Wert auf der Skala „Familienzentrierung“ als Mütter im traditionellen Hausfrauen-Modell. Wenngleich dieses Ergebnis naheliegender erscheinen mag, da erwerbstätige Mütter durch den Beruf mehr und andere soziale, also nicht-familienbezogene Kontakte haben, so ist es unter dem Zeitaspekt keineswegs trivial. Nicht erwerbstätige Mütter haben in den Stunden, in denen die Kinder im Kindergarten, Hort, in der Schule oder in Freizeitaktivitäten eingebunden sind, mehr frei verfügbare Zeit als erwerbstätige Frauen. In dieser Zeit könnten sie eigenen Interessen nachgehen oder die Zeit mit anderen Personen verbringen. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Ostdeutsche Eltern neigen zu egalitären Erwerbsarrangements und gestalten ihre Freizeit familienzentriert

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich ein deutlicher Wandel der Erwerbsarrangements in beiden Teilen Deutschlands vollzogen hat. Einerseits deutet sich eine Konvergenz an: In beiden Landesteilen haben semi-traditionelle Arrangements zugenommen und egalitäre Konstellationen abgenommen. Andererseits bleiben erhebliche Unterschiede bestehen. Eltern in Ostdeutschland praktizieren nicht nur deutlich häufiger egalitäre Erwerbsarrangements als Eltern in Westdeutschland, sondern

sie versuchen auch dieses Arrangement in den unterschiedlichen Familienphasen aufrechtzuhalten. Anders in Westdeutschland: Hier sind das traditionelle und das semi-traditionelle Modell die am häufigsten praktizierten Varianten der partnerschaftlichen Arbeitsteilung. In der Familienphase mit kleinen Kindern dominiert noch immer das traditionelle Arrangement. Sind die Kinder im schulpflichtigen Alter, überwiegt die Teilzeitarbeit von Müttern, also das semi-traditionelle Arrangement des Elternpaares. Westdeutsche Eltern orientieren sich somit noch stark an der zunächst ganztägigen und später zumindest überwiegenden Anwesenheit der Mutter im Haushalt. Dieser Eindruck wird weiterhin unterstützt durch den Rückgang der egalitären Erwerbsarrangements in Westdeutschland: Obwohl sich die infrastrukturelle Betreuungssituation für Kinder in den letzten 20 Jahren verbessert hat, hat sich der Anteil der ein egalitäres Arrangement praktizierenden Elternpaare verringert. Stattdessen werden die in dieser Zeit gesetzlich deutlich verbesserten Möglichkeiten zu Teilzeittätigkeiten genutzt.

Bei ostdeutschen Eltern ist das Erwerbsverhalten auch in der Gegenwart wesentlich weniger stark mit dem Alter des jüngsten Kindes verknüpft. Auch hier sind die egalitären Erwerbsmuster bei Paaren zurückgegangen, dominieren jedoch noch immer in allen Altersstufen des jüngsten Kindes gefolgt von der semi-traditionellen Variante. Die Teilzeittätigkeit im semi-traditionellen Arrangement entspricht zudem in Ostdeutschland häufig nicht dem gewünschten Erwerbsumfang, sondern ist überwiegend der Lage auf dem Arbeitsmarkt geschuldet.

In Hinblick auf die in Westdeutschland zumeist sehr kritisch gesehene Erwerbsbeteiligung von Müttern, bei der unterstellt wird, dass sie zu Lasten der Familie und zu Lasten der Frau geht, zeigen unsere Ergebnisse, dass die Erwerbsmuster von Paaren, die eine Erwerbsbeteiligung beider Eltern beinhalten, sich nicht negativ auf das Wohlbefinden in der Familie auswirken. Es besteht kein systematischer Zusammenhang zwischen der Art des Erwerbsarrangements auf der einen Seite und dem Wohlbefinden, der Familienzentrierung und den familialen Belastungen. Dieser Befund wird darüber hinaus verstärkt durch die in AID:A aufgezeigten Ost-West-Unterschiede, die auf einen Zusammenhang (auch wenn dieser nicht direkt untersucht werden konnte) zwischen den in einer Gesellschaft vorherrschenden Leitbildern zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dem individuellen Wohlfühlen in der Familie hindeuten. Obwohl in Ostdeutschland das egalitäre Erwerbsmodell mindestens von jedem zweiten Elternpaar praktiziert wird, scheint dies nicht als „Doppelbelastung“ gesehen zu werden. Ostdeutsche Eltern fühlen sich nicht stärker belastet, sie äußern sogar mehr Freude an bzw. über ihre Familie und gestalten ihre Freizeit familienzentrierter als westdeutsche Eltern. Neben den unterschiedlichen Infrastrukturen zur Betreuung von Kindern in

Ost- und Westdeutschland, die bedeutsam für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind, scheint die selbst oder durch die Elterngeneration zu DDR-Zeiten erlebte faktische Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf das eigene Verhalten und die subjektive Einschätzung nachzuwirken. Beruf und Familie müssen demnach keineswegs als konkurrierende Lebensbereiche wahrgenommen werden.

- 1 *Was gleichbedeutend mit einer Vollzeit-tätigkeit beider Elternteile ist. Der Anteil egalitärer Erwerbsmuster im Sinne einer Teilzeittätigkeit beider Partner lag in Westdeutschland 2009 bei 2%, in Ostdeutschland bei 1%.*
- 2 *Die Gruppe der sonstigen Erwerbsarrangements umfasst z. B. Paare, bei denen der Mann in Teilzeit erwerbstätig ist oder sich mindestens ein Partner in Ausbildung befindet oder bspw. beide Partner nicht erwerbstätig sind.*

Marold, Julia, 2009: *Mütter im Spannungsfeld zwischen Kind und Beruf. In: Zeitschrift für Familienforschung (21) Heft 1/2009, S. 54-85.*

Rauschenbach, Thomas, 2012: *Aufwachsen in Deutschland. Eine Einführung. In: Rauschenbach, Th./Bien, W. (Hg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. Weinheim, S. 7-27.*

Reis, Olaf, 2010: *Sozialer Wandel und intra-familiale Individuation in ostdeutschen Familien. In: Brähler, E., Mohr, I. (Hg.) 20 Jahre deutsche Einheit – Facetten einer geteilten Wirklichkeit. Psychosozial-Verlag, S. 108-123.*

Schorlemmer, Friedrich, 2010: *Die betongewordene Staatslüge. Niemand hatte die Absicht, eine Mauer zu errichten. In: Brähler, E., Mohr, I. (Hg.) 20 Jahre deutsche Einheit – Facetten einer geteilten Wirklichkeit. Psychosozial-Verlag, S. 77-96.*

Schulze-Buschhoff, Karin, 1999: *Teilzeitarbeit im europäischen Vergleich. Düsseldorf: Edition der Hans-Böckler-Stiftung, 10.*

Tölke, Angelika, 2012: *Erwerbsarrangements. Wie Paare und Familien ihre Erwerbstätigkeit arrangieren. In: Rauschenbach, Thomas, Bien, Walter (Hg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – der neue DJI-Survey. Weinheim/Basel, S. 201-214.*

Träger, Jutta, 2009: *Familie im Umbruch. Wiesbaden.*

Wagner, Wolf, 2010: *Kulturschock als Erklärung der anhaltenden „Befindlichkeiten“ zwischen Ost- und Westdeutschland. In: Brähler, E., Mohr, I. (Hg.) 20 Jahre deutsche Einheit. Psychosozial-Verlag, S. 36-53.*

Wanger, Susanne, 2004: *Teilzeitarbeit: Ein Gesetz liegt im Trend. IAB-Kurzbericht, 18/2004, Nürnberg.*

**Heike Wirth, GESIS
Angelika Tölke, DJI München**
Tel.: 0621 / 1246-269
089 / 62306-126
heike.wirth@gesis.org
toelke@dji.de

Soziales Wohlbefinden in Deutschland nur schwach ausgeprägt

Untersuchungen zum subjektiven Wohlbefinden mittels eines aggregierten Indexes

Das subjektive Wohlbefinden hat viele Aspekte, die sich, zumindest nicht vollständig, mit einer einzelnen Maßzahl erfassen lassen. Glück und Zufriedenheit – das Eingebundensein in die Gesellschaft sowie das Gefühl ein erfülltes Leben zu führen – gelten als Merkmale des subjektiven Wohlbefindens, die zwar von der Persönlichkeit, aber auch wesentlich von den sozialstrukturellen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in einem Land und nicht zuletzt von individuellen Erwartungen abhängen. Das subjektive Wohlbefinden ist kein Abbild der objektiven Situation und wird von sozialen Vergleichen und Präferenzen beeinflusst, steht aber in Europa dennoch mit dem Lebensstandard in einem deutlichen Zusammenhang. Untersuchungen zum subjektiven Wohlbefinden im nationalen und internationalen Rahmen basieren überwiegend auf der Survey-Frage zur Zufriedenheit mit dem Leben allgemein, die auf eine übergreifende Bewertung des eigenen subjektiven Wohlbefindens abzielt.¹ Alternativ, aber auch ergänzend wird die Nutzung von aggregierten Indizes vorgeschlagen (Diener, 2000). Messfehler sollen durch die Verwendung einer größeren Anzahl von Items reduziert und zudem die Untersuchung einzelner Komponenten des subjektiven Wohlbefindens ermöglicht werden.

Dieser Beitrag² befasst sich mit dem subjektiven Wohlbefinden und seinen Komponenten, gemessen mit einem „composite index“. Untersucht wird die deutsche Situation im europäischen Kontext. Der Ansatz, auf den hier zurückgegriffen wird, basiert auf zwei unterschiedlichen theoretischen Konzepten: Dem hedonic approach, der auf affektiven und kognitiv bewertenden Elementen beruht, und dem eudaimonic approach, bei dem es um das Realisieren des persönlichen Potentials geht (Michaelson et al. 2009: 18ff). Der Index des subjektiven Wohlbefindens wird über einzelne Komponenten, die in verschiedenen Stufen kumuliert werden, berechnet. Es werden einzelne Komponenten des Wohlbefindens, die sich in der bisherigen Forschung als substanzial erwiesen haben, separat mit jeweils mehreren Messitems erhoben und im Nachhinein zu einem Index aggregiert (Huppert et al. 2005).

Folgende Fragen werden dabei im Einzelnen untersucht:

- Welche Struktur des subjektiven Wohlbefindens und seiner Komponenten kann für Deutschland – aus einer europäisch vergleichenden Perspektive – identifiziert werden?
- Unterscheiden sich Befunde auf der Grundlage des „composite index“ von denjenigen auf Basis der Frage zur allgemeinen Lebenszufriedenheit?
- Sind ältere Bürger in Deutschland in ihrem subjektiven Wohlbefinden beeinträchtigt?
- Welche Konstellationen der Komponenten des subjektiven Wohlbefindens sind bei Arbeitslosen zu identifizieren?

Für die nachfolgenden empirischen Analysen wird auf einen Fragenschwerpunkt im European Social Survey (ESS) von 2006 zurückgegriffen.³ Diesem Fragenmodul zum subjektiven Wohlbefinden liegt ein mehrdimensionales, eher psychologisches Konzept von subjektivem Wohlbefinden zugrunde, das auf der Basis von mehr als 50 Items unterschiedliche Ansätze zur Messung von Wohlbefinden verbindet (Huppert et al. 2009).

Das subjektive Wohlbefinden wird im Folgenden als eine Aggregation der Hauptkomponenten von persönlichem und sozialem Wohlbefinden generiert. Das persönliche Wohlbefinden besteht aus fünf Komponenten, die ihrerseits disaggregiert werden können (Grafik 1). Das emotionale Wohlbefinden wird über die Häufigkeit von positiven sowie der Abwesenheit negativer Gefühle gemessen. Die kognitive Bewertung der eigenen Lebensbedingungen vor dem Hintergrund von Aspirationsniveaus und Präferenzen wird über die Komponente „zufriedenstellendes Leben“ anhand von vier Fragen erfasst. Die Komponente „Vitalität“ zielt darauf ab, ob Personen Energie haben, sich ausgeschlafen, gesund und körperlich aktiv fühlen. Psychische Ressourcen sind ein Maß für die individuelle Belastbarkeit und beinhalten die Subkomponenten Selbstwertgefühl, Optimismus und Belastbarkeit. Die positive Funktion stellt eine Kategorie dar, die auf die Realisierung des individuellen Potentials abzielt. Sie umfasst die vier Subkomponenten Autonomie, Kompetenz, Engagement sowie Bedeutung und Zweck. Letzteres zielt auf das Gefühl, dass das was man tut, in seinem Leben wertvoll, erstrebenswert und von anderen wertgeschätzt ist.

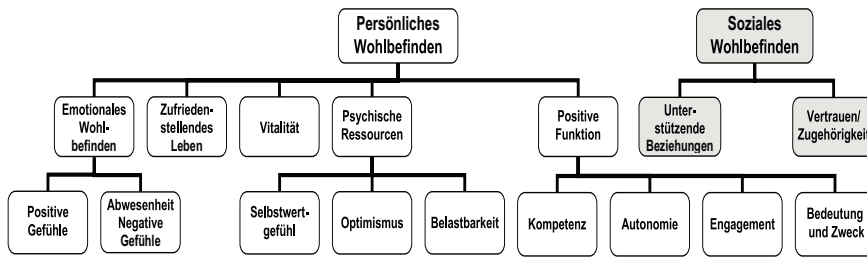
Die zweite Hauptkomponente, das soziale Wohlbefinden, ist dadurch gekennzeichnet, wie die Bürger ihre sozialen Beziehungen wahrnehmen. Sie basiert auf zwei Komponenten: (1) Unterstützende Beziehungen, die Grad und Qualität der Interaktionen mit Familie, Freunden und Anderen erfassen; (2) Vertrauen und Zugehörigkeit, d. h. ob man glaubt, fair und respektvoll behandelt zu werden.

Im Rahmen der Operationalisierung wurden zunächst alle Skalen so codiert, dass sie aufsteigend von „schlecht“ nach „gut“ laufen.⁴ Die 40 Einzelindikatoren wurden anschließend mittels Z-Transformationen standardisiert. Durch dieses Design sind die ermittelten Z-Werte relativ zum arithmetischen Mittel „0“ der 24 Länder zum Befragungszeitraum 2006 (design- und bevölkerungsgewichtet). Positive Werte liegen oberhalb des europäischen Mittels, negative unterhalb. Der Wert „1“ steht für eine Standardabweichung über die Bevölkerung der 24 einbezogenen Länder. Die Z-Werte der einzelnen Items werden dann zu Subkomponenten oder, je nach Bereich, direkt zu Komponenten aggregiert.

Mittlere Position Deutschlands beim Index des Wohlbefindens

Zunächst wird der Frage nachgegangen, wie Deutschland hinsichtlich des subjektiven Wohlbefindens im internationalen Vergleich aufgestellt ist, und welche Unterschiede bei der Verwendung des aggregierten Wohlbefindensindex und des Einzelitems zur allgemeinen Lebenszufriedenheit⁵ zu beobachten sind. Zunächst verdeutlicht die Darstellung auf der Länderebene (Grafik 2) eine hohe Korrelation der beiden Messgrößen bei den nationalen Aggregaten ($r=0,90$). Die jeweiligen Positionen in der Rangfolge der Länder unterscheiden sich kaum, allerdings sind die Distanzen im Wohlbefinden zwischen den Ländern auf Basis des aggregierten Indexes deutlich kleiner als auf Grundlage der Lebenszufriedenheit. Dies trifft besonders stark für Länder mit niedrigem Wohlbefinden zu. Dänemark nimmt, wie bei anderen vergleichenden Untersuchungen zum subjektiven Wohlbefinden auch, für beide Indikatoren eine Spitzenstellung ein, noch vor den anderen skandinavischen Ländern und der Schweiz. Gesamtdeutschland erreicht im internationalen Umfeld eine mittlere Position, was sich nicht nur in der Rangfolge der Länder ausdrückt, sondern auch durch Indexwerte die jeweils knapp über Null liegen, d. h. nahe am europäischen Mittel. Nur Frankreich und Portugal liegen aus der Gruppe der westeuropäischen EU-Länder darunter. Die materiell ärmeren postsozialistischen Länder fallen durch ihre besonders ungünstige Position hinsichtlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit auf. Die regionale Differenzierung für die Bundesrepublik zeigt Folgendes: Ostdeutsche platzieren sich schlechter als Westdeutsche und liegen knapp unter dem europäischen Durchschnitt. Auch die innerdeutschen Wohlbefindensdifferenzen sind bei Verwendung des aggregierten Indexes kleiner als auf Basis der Lebenszufriedenheit.

Grafik 1: Der Index des subjektiven Wohlbefindens und seine Komponenten



Quelle: Michaelson et al. (2009), S. 21

Stress in der Familie für Westdeutsche vergleichsweise hoch

Die differenziertere Untersuchung des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland (Grafik 3) zeigt, dass Westdeutsche auch beim Teilindex des persönlichen Wohlbefindens positive Werte aufweisen (0,08), d. h. knapp über dem gesamteuropäischen Mittel liegen. Die Position ist ähnlich wie bei dem summarischen Indikator „Zufriedenheit mit dem Leben allgemein“ (0,12), dessen Ausprägung zum Vergleich in der Grafik dargestellt ist. Betrachtet man die weitere Komponentenstruktur des Indexes, ist Folgendes zu erkennen: Am höchsten ist der Wert für psychische Ressourcen. Die Komponente, bestehend aus den Subkomponenten Selbstwertgefühl, Optimismus und Belastbarkeit, ist demzufolge bei den Westdeutschen überdurchschnittlich ausgeprägt. Im negativen Bereich liegt allerdings das soziale Wohlbefinden, was vor allem auf die Komponente „unterstützende Beziehungen“ zurückzuführen ist. Die Konstruktion des aggregierten Wohlbefindensindex lässt eine weitere Disaggregation zu: Die Betrachtung auf der Ebene der Messindikatoren zeigt, dass Bürger der westdeutschen Bundesländer vergleichsweise viel „Stress durch die Familie“ wahrnehmen (-0,37). Familienbeziehungen, wie auch der Indikator Freude an der Familie (-0,19) verdeutlicht, sind nach den vorliegenden Ergebnissen für Westdeutsche weit weniger zuträglich für ein hohes subjektives Wohlbefinden als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Wie kann man nun das subjektive Wohlbefinden für Ostdeutsche charakterisieren? Negativ ausgeprägt sind vor allem die Komponenten „emotionales Wohlbefinden“ und „Zufriedenheit“. Noch negativer ist der Vergleichswert für den summarischen Indikator „allgemeine Lebenszufriedenheit“ (-0,23). Hohe Zufriedenheitsdefizite entsprechen insgesamt den theoretischen Erwartungen, da hier Diskrepanzen zwischen Aspirationsniveaus und faktischen materiellen Lebensbedingungen besonders zum Tragen kommen. Es zeigt sich zudem eine ungünstige Bilanz negativer gegenüber positiven Gefühlen für Bürger der ostdeutschen Bundesländer. Dabei ist hier von Rückwirkungen des emotionalen Wohlbefindens auf die kognitive Zufriedenheitsbewertung auszugehen. Vor allem der Einzelindikator der allgemeinen Lebenszufriedenheit reagiert

offensichtlich sensibel, wenn – wie in den ostdeutschen Bundesländern – sowohl die kognitive als auch die emotionale Komponente des subjektiven Wohlbefindens beeinträchtigt ist. Soziale Beziehungen insgesamt werden von Ostdeutschen unterdurchschnittlich bewertet. Die Komponenten des sozialen Wohlbefindens liegen, ähnlich wie bei Westdeutschen, knapp unter dem europäischen Mittel, dabei sind vor allem Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl negativ ausgeprägt.

Geringes emotionales Wohlbefinden bei hoher Zufriedenheit in der älteren deutschen Bevölkerung

Der Nutzen eines aggregierten Indexes des subjektiven Wohlbefindens liegt neben der Beschreibung von Länderaggregaten auch in der näheren Charakterisierung von sozialen Gruppen in einer Gesellschaft (Michaelson u. a. 2009). Im Folgenden werden zwei Gruppen dafür ausgewählt, von denen eine durch ihre besonders geringe, die andere durch eine überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit auffällt. Es handelt sich um Arbeitslose sowie die ältere Bevölkerung in Deutschland. Beide gesellschaftliche Gruppen weisen nicht nur Besonderheiten hinsichtlich des subjektiven Wohlbefindens auf, sondern sind auch von gesellschaftspolitischer Relevanz (Noll/Weick 2010).

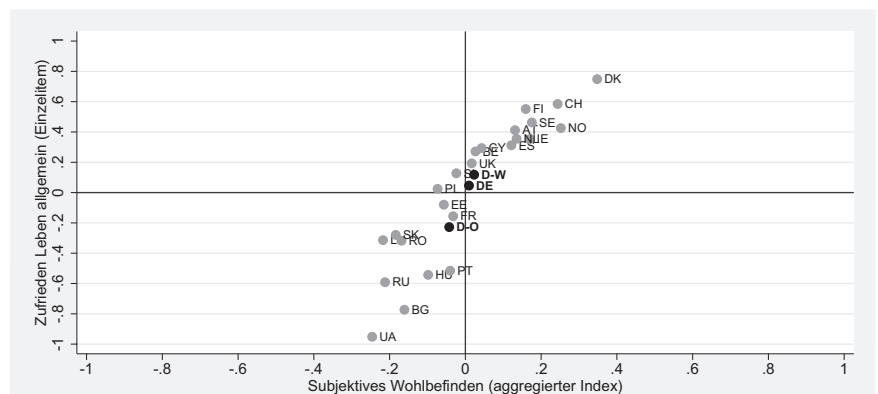
Ein höheres Lebensalter ist u. a. durch eine Zunahme an gesundheitlichen Einschränkungen, verbunden mit geringerer Leistungsfähigkeit, gekennzeichnet. Bisherige Untersuchungen

zum subjektiven Wohlbefinden auf Basis der allgemeinen Lebenszufriedenheit zeigen allerdings kein Absinken der Zufriedenheit bei älteren Menschen, sondern einen Wiederanstieg nach einem zwischenzeitlichen Absinken im mittleren Lebensalter (Blanchflower/Oswald 2007). Vor diesem Hintergrund wird nun der Frage nachgegangen, ob dieser Zusammenhang auch auf Basis des Indexes des subjektiven Wohlbefindens Bestand hat, und ob es spezifische Defizite oder Stärken bei den Komponenten des subjektiven Wohlbefindens gibt. Dazu wird die ältere Bevölkerung ab 60 Jahren mit einer mittleren und einer jungen Altersgruppe in Deutschland verglichen (Grafik 4).

Zunächst zeigt sich, dass man kaum Differenzen zwischen der ältesten und der mittleren Altersgruppe hinsichtlich des Gesamtindex des subjektiven Wohlbefindens findet. Bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit, die wieder zum Vergleich für das übergreifende Wohlbefinden herangezogen wird, ist dagegen der beschriebene u-förmige Verlauf über das Alter deutlich zu erkennen. Ältere Bürger weisen die höchste Lebenszufriedenheit unter den drei Altersgruppen auf. Die beiden Messverfahren führen bezüglich des Alters demnach nicht zum gleichen Ergebnis. Wie stellt sich nun der Zusammenhang mit dem Alter bei den Komponenten des persönlichen Wohlbefindens dar? Die Zufriedenheitskomponente ist in der älteren Bevölkerung besonders positiv ausgeprägt, sehr ähnlich wie dies auch bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit zu beobachten ist, nur unterscheiden sich hinsichtlich der Zufriedenheitskomponente des Indexes die junge und mittlere Altersgruppe nicht voneinander. Die hohe Zufriedenheit älterer Bürger legt die Schlussfolgerung nahe, dass die kognitive Bewertung der eigenen Lebenslage, die sich in den Zufriedenheitsurteilen ausdrückt, vor dem Hintergrund ihrer derzeit noch günstigen materiellen Situation, offensichtlich besonders gut ausfällt.

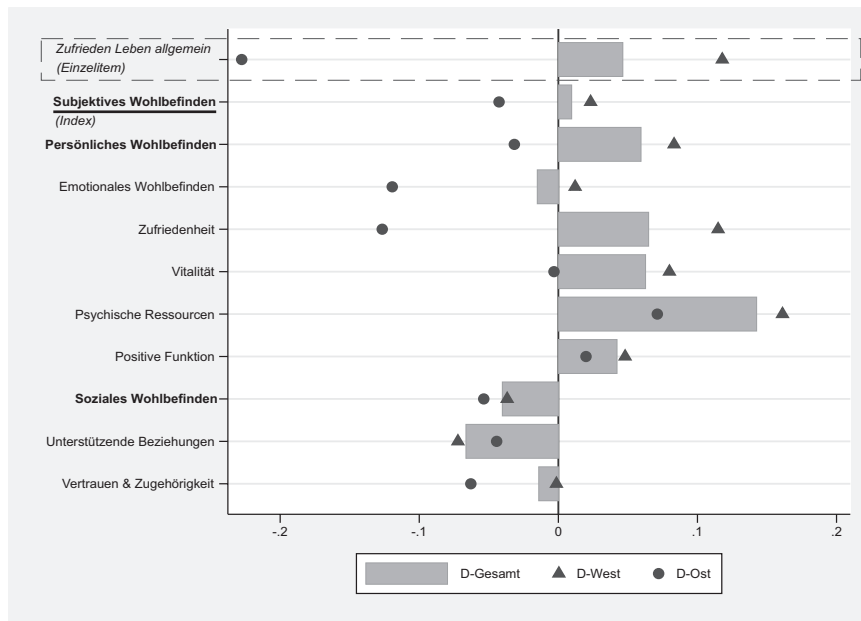
Welche Ausprägungen lassen sich für die weiteren Wohlbefindenskomponenten identifizieren? Defizite älterer Bürger sind – nicht unerwartet – bei der Vitalität zu beobachten.

Grafik 2: Index des subjektiven Wohlbefindens und Lebenszufriedenheit (Einzelitem) im europäischen Vergleich



Datenbasis: European Social Survey 2006

Grafik 3: Komponenten des Indexes des subjektiven Wohlbefindens in Deutschland



Datenbasis: European Social Survey 2006

Hier kommen vor allem gesundheitsbezogene Aspekte zum Tragen. Dennoch ist die Abweichung vom europäischen Durchschnitt über alle Altersgruppen erstaunlich gering. Ältere Menschen fühlen sich offensichtlich nur bedingt in ihrer Vitalität eingeschränkt. Überraschend hoch sind die psychischen Ressourcen der Älteren. Der entsprechende Wert liegt deutlich über der Nulllinie. Die weitere Disaggregation der psychischen Ressourcen zeigt zwar, dass die eigene Belastbarkeit von älteren Menschen leicht unterdurchschnittlich eingeschätzt wird, dem stehen aber ein hohes Selbstwertgefühl und Optimismus gegenüber.

Das soziale Wohlbefinden älterer Menschen ist insgesamt sogar etwas höher als in den jüngeren Altersgruppen, wenn auch immer noch unter dem europäischen Mittel. Auch beim sozialen Wohlbefinden sind einzelne Komponenten in der älteren Bevölkerung gegenläufig: Obwohl die unterstützenden Beziehungen vergleichsweise negativ beurteilt werden, ist das Gefühl von Vertrauen und Zugehörigkeit stärker ausgeprägt als bei den jüngeren Altersgruppen. Auch hier erlaubt die Indexkonstruktion eine tiefer gehende Betrachtung der Komponenten. Es ist vor allem ein zu geringer Umfang von sozialen Kontakten, den ältere Personen wahrnehmen, hingegen wird die Qualität der Kontakte weitaus positiver gesehen. Zusammenfassend kann man für diese Bevölkerungsgruppe feststellen: Die Verwendung des aggregierten Indexes weist insgesamt ein eher durchschnittliches Wohlbefindensniveau älterer Bürger aus, wobei bei hoher Zufriedenheit einzelne Wohlbefindenskomponenten Hinweise auf Defizite geben. Die Komponentenstruktur jüngerer Menschen unterscheidet sich von älteren Bürgern vor allem durch höhere Vitalität bei geringerer Zufriedenheit.

Unzufriedenheit und Wahrnehmung von geringer Wertschätzung bei Arbeitslosen

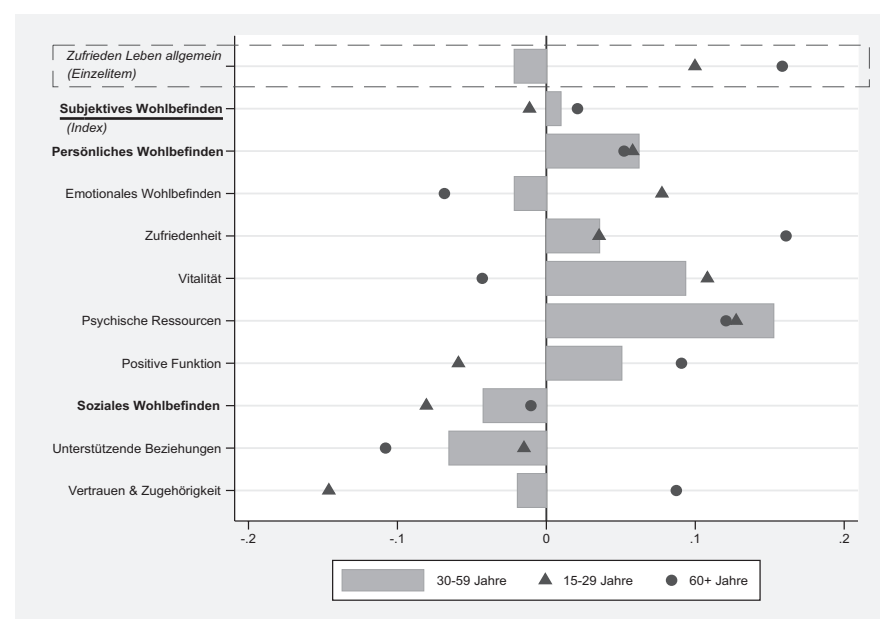
Arbeitslosigkeit stellt eine der zentralen sozialpolitischen Problemlagen in Europa dar. Der unfreiwillige Ausschluss vom Erwerbsleben hat sich zudem als ein wesentlicher Faktor für Einschränkungen des subjektiven Wohlbefindens erwiesen und hat einen starken negativen Effekt auf die Lebenszufriedenheit in Deutschland (Noll/Weick 2010). Arbeitslosigkeit geht nicht nur mit finanziellen Einbußen, sondern auch mit weiteren negativen Aspekten im Leben der Betroffenen einher. So entfallen mit dem Arbeitsplatz in der Regel auch wichtige soziale Kontakte und man kann bei der ho-

hen Bedeutung der Erwerbstätigkeit für den Lebensstandard und die Strukturierung des Alltags Betroffener vermuten, dass nicht nur affektive und kognitive Aspekte des Wohlbefindens beeinträchtigt sind, sondern auch die eigene Wertschätzung.

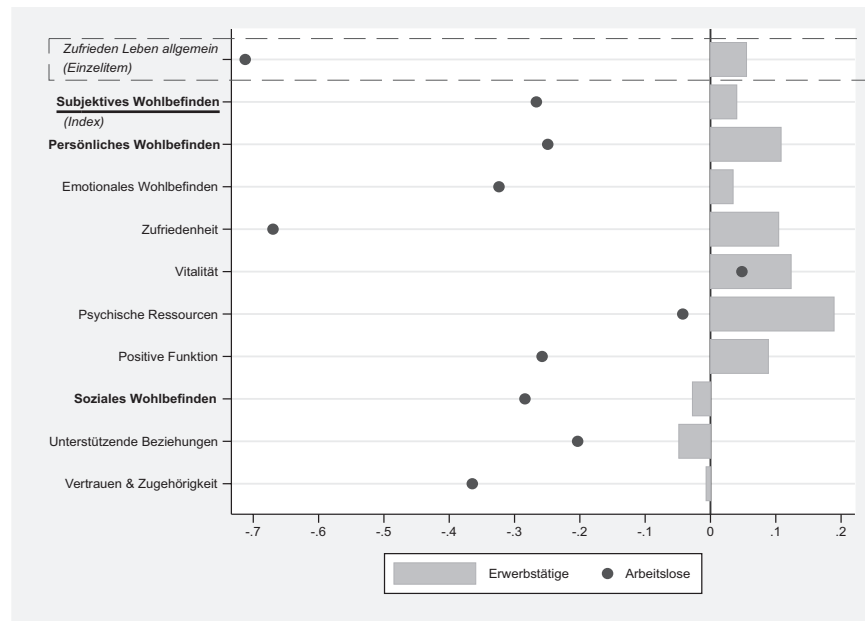
Betrachtet man den Gesamtindex des subjektiven Wohlbefindens bei Arbeitslosen in Deutschland (-0,27), so erscheint die Beeinträchtigung nicht so gravierend wie auf Basis der Lebenszufriedenheit (-0,71), die auch hier zum Vergleich für die übergreifende Betrachtung herangezogen wird. Eine differenziertere Analyse, mit zusätzlicher Berücksichtigung der Wohlbefindenskomponenten verdeutlicht, dass die Zufriedenheitskomponente des aggregierten Indexes einen besonders niedrigen Wert aufweist (-0,67), der nur wenig von demjenigen der allgemeinen Lebenszufriedenheit abweicht. Die kognitive Bewertung der eigenen Situation fällt bei Arbeitslosen offensichtlich äußerst ungünstig aus. Dies ist ein deutliches Indiz für die hohe Bedeutung des sozialen Vergleichs bei Arbeitslosigkeit. Erwerbstätige stellen sich hinsichtlich der objektiven Lebensbedingungen in der Regel weitaus besser als Arbeitslose und dies wird wohl auch deutlich wahrgenommen. Aber nicht nur vorwiegend kognitive Aspekte des Wohlbefindens sind bei Erwerbslosen negativ tangiert. Auch das emotionale Wohlbefinden (-0,32) ist beeinträchtigt, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie die Zufriedenheit. Die weitere Disaggregation des Indexes verdeutlicht, dass diese affektive Beeinträchtigung weniger durch das Auftreten negativer Emotionen (-0,13) als vielmehr durch das Fehlen positiver Emotionen (-0,52) hervorgerufen wird.

Ein weiterer Untersuchungsaspekt betrifft die Bedeutung, die dem eigenen Handeln zugeschrieben wird. Wie vermutet, liegt bei

Grafik 4: Komponenten des Indexes des subjektiven Wohlbefindens nach Altersgruppen



Datenbasis: European Social Survey 2006

Grafik 5: Komponenten des Indexes des subjektiven Wohlbefindens nach Erwerbsstatus

Datenbasis: European Social Survey 2006

Arbeitslosen der Indexwert für die Komponente „positive Funktion“ erkennbar niedriger als bei Erwerbstätigen. Vor allem der Wert der Subkomponente „Bedeutung und Zweck“ (-0,51) ist in diesem Kontext besonders schwach ausgeprägt. Daraus lässt sich folgern, dass Arbeitslose verstärkt das Gefühl haben, dass das, was sie tun, nicht wertvoll ist und von anderen auch nicht geschätzt wird. Wie lassen sich Arbeitslose anhand der weiteren Wohlbefindenskomponenten charakterisieren? Weniger ungünstig ausgeprägt sind „Vitalität“ und „psychische Ressourcen“. Der unfreiwillige Verzicht auf eine berufliche Tätigkeit geht, wie vermutet, mit Einschränkungen sozialer Beziehungen einher. Der Zustand der Arbeitslosigkeit ist daher nicht zuletzt durch ein geringes soziales Wohlbefinden (-0,28) gekennzeichnet. Auffallend ist das Defizit bei der Empfindung von Vertrauen und Zugehörigkeit (-0,36), das mit dieser Lebenslage einhergeht. Insgesamt schlägt sich Arbeitslosigkeit besonders deutlich in einer reduzierten Zufriedenheit nieder, beim aggregierten Wohlbefindensindex erscheint die Einschränkung hingegen weniger gravierend. Sie geht allerdings mit Defiziten in allen Wohlbefindenskomponenten einher.

Befunde zum subjektiven Wohlbefinden auf Basis des hier verwendeten aggregierten Indexes unterscheiden sich in der Gesamtbeurteilung nicht grundlegend von bekannten Ergebnissen von Analysen auf der Grundlage der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Wohlbefindensdifferenzen zwischen West- und Ostdeutschland, aber auch zwischen den europäischen Ländern treten bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit allerdings viel akzentuierter hervor. Die spezifischen Konstellationen von Komponenten des subjektiven Wohlbefindens, die sich bei gruppenspezifischen Analysen identifizieren lassen, sind durchaus bedeutsam und tragen zum näheren

Verständnis der Zusammenhänge bei. Die Messung der Lebenszufriedenheit mittels einer einzigen Frage ist allerdings einfacher in große Umfrageprogramme zu integrieren als die große Zahl von Items, die für die Konstruktion eines umfassenden aggregierten Wohlbefindensindex benötigt wird. Dies bringt Begrenzungen für die Möglichkeit einer breiten Einbindung entsprechender Fragenbatterien in nationale und internationale Befragungen mit sich. Ergebnisse auf Basis der allgemeinen Lebenszufriedenheit, die in starkem Maße von sozialen Vergleichen und daraus resultierenden veränderlichen Anspruchsniveaus geprägt sind, lassen sich allerdings bei zusätzlicher Betrachtung des aggregierten Indexes und seiner Komponenten besser in ein Gesamtbild des subjektiven Wohlbefindens einordnen. So können auch gegenläufige Aspekte, die bei der summarischen Betrachtung des subjektiven Wohlbefindens nicht sichtbar werden, mit dem Untersuchungsraster des aggregierten Indexes identifiziert werden. Dies verdeutlicht das Beispiel älterer Bürger, die trotz hoher Lebenszufriedenheit Defizite im emotionalen Wohlbefinden aufweisen. Die Möglichkeit zur differenzierten Analyse der Komponenten und einer stärkeren Kontrolle des Einflusses von Anspruchsniveaus dürfte neben der Reduktion von Messfehlern ein wesentlicher Vorteil für die Nutzung eines aggregierten Wohlbefindensindexes sein.

- 1 Globale Messungen der Lebenszufriedenheit können durch momentane Stimmungen, situative Faktoren, Reihenfolge der Fragen in der Befragung oder soziale Erwünschtheit verzerrt werden (Diener 2000: 35).
- 2 Der Beitrag entstand unter Verwendung des Aufsatzes „Persönliches und soziales Wohlbefinden“ (Weick 2012).
- 3 Allgemeine Informationen zum ESS sind auf den folgenden Webseiten zu finden:

www.europeansocialsurvey.org; für die deutsche Teilstichprobe www.european-socialsurvey.de.

- 4 Konzept und Berechnungsweise für diesen Beitrag wurden entsprechend der Vorgehensweise der gesellschaftlichen Gesamtrechnung des subjektiven Wohlbefindens von Michaelson et al. (2009) gewählt. Ich danke Saamah Abdallah (New Economics Foundation) für die Bereitstellung der SPSS-Syntax. Gegenüber der Vorgehensweise für die National Accounts wurden auch Lettland und Rumänien zur Ermittlung der Z-Werte einbezogen. In die Berechnung sind 24 europäische Länder einbezogen. Die Variable „Fühle mich den Menschen in meiner Wohngegend verbunden“ wurde wegen des hohen Anteils an fehlenden Werten (82%) aus den Berechnungen ausgeschlossen. Eine Darstellung der 40 Variablen, die in die Indexberechnung eingehen, findet sich in Michaelson et al. (2009: 62ff).
- 5 Z-transformiert.

Blanchflower, David G., Oswald, Andrew J., 2007: *Is Well-Being U-Shaped over the Life Cycle?* IZA Discussion Paper No. 3075.

Diener, Ed, 2000: *Subjective Well-Being. The Science of Happiness and a Proposal for a National Index*. In: *American Psychologist* 55/1, pp. 34-43.

Huppert, Felicia A., Clark, Andrew, Frey, Bruno, Marks, Nic, Siegrist, Johannes, 2005: *Personal and Social Well-Being: Creating Indicators for a Flourishing Europe. Proposal, Question Module Design, ESS Round 3*.

Huppert, Felicia A., Marks, Nic, Clark, Andrew, Siegrist, Johannes, Stutzer, Alois, Vittersø, Joar, Wahrendorf, Morten, 2009: *Measuring Well-Being Across Europe: Description of the ESS Well-Being Module and Preliminary Findings*. In: *Social Indicators Research* 91, pp. 301-315.

Michaelson, Juliet, Abdallah, Saamah, Steuer, Nicola, Thompson, Sam, Marks, Nic, Aked, Jody, Cordon, Corrina, Potts, Ruth, 2009: *National Accounts of Well-Being: Bringing Real Wealth onto the Balance Sheet*. London: New Economics Foundation.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2010: *Subjective Well-Being in Germany: Evolutions, Determinants and Policy Implications*. In: Bent, Greve (Hrsg.), *Social Policy and Happiness in Europe*. Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing.

Weick, Stefan, 2012: *Persönliches und soziales Wohlbefinden. Analysen auf der Basis eines aggregierten Indexes und seiner Komponenten*. In: Jan van Deth und Silke Keil (Hrsg.), *Deutschlands Metamorphosen: Ein zweiter Blick auf Deutschland in Europa*. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 391-425.

■ **Stefan Weick, GESIS**
Tel.: 0621 / 1246-245
stefan.weick@gesis.org

Herausgeber

GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/soziale-indikatoren

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Satz und Druck

Verlag Pfläzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

„Long-term Trends in Quality of Life“

Mid-term Conference of the ISA Research Committee 55 on Social Indicators
The Netherlands Institute for Social Research (SCP),
The Hague, September 12-13, 2013

This conference will explore the long-term developments in quality of life in societies. Both methodological issues – how to measure longitudinally progress in quality of life – as well as the results of this research – what got better and what got worse for whom – will be discussed. Special attention will be given to the relationship between research and policy making. How can results from quality of life research be made (more) applicable and (more) relevant for decision making on national or local level? How should politicians take into account quality of life research next to economic data? An intriguing question in this respect is why generally pessimism is prevailing in the public debate on the progress of societies. The conference will explicitly address the following thematic areas:

- How to measure the progress in QoL? Applicability of QoL data for policy makers and the general public.
- What got better what got worse? Who are the winners and losers of societal development?
- Why does progress pessimism prevail in public opinion?

The conference fee will be about 100 Euro p.p. and covers lunches and coffee/tea.

Abstract submissions are to be sent to Rob Bijl (r.bijl@scp.nl) until May 15, 2013. Abstracts (200-300 words) should outline objectives, methodology and results of the proposed paper and include title, author/s names, affiliation, email of first author, thematic area addressed as well as four key words.

Social Monitoring and Reporting in Europe: State of the Art and Future Perspectives

Villa Vigoni, 13.-15. März 2013

Im März dieses Jahres findet in der Villa Vigoni die 8. „Social Monitoring and Reporting in Europe“-Tagung statt. Die diesjährige Veranstaltung fungiert zugleich als ein Workshop im Rahmen des im 7. Forschungsrahmenprogramm geförderten e-Frame Projekts (www.eframeproject.eu/) und verfolgt das Ziel, den derzeitigen Stand und zukünftige Perspektiven des „Social Monitoring and Reporting in Europe“ zu diskutieren: Welche nationalen und supranationalen Aktivitäten einer regelmäßigen gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung gibt es in Europa, was sind die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze, welche Beispiele von „best practice“ können identifiziert werden und welche Defizite sind festzustellen? Nicht zuletzt wird es auch darum gehen, Vorschläge für Forschung und Politik zu entwickeln und Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. An der Veranstaltung, die von Heinz-Herbert Noll (Zentrum für Sozialindikatoren, ZSi) in Zusammenarbeit mit der Villa Vigoni organisiert wird, nehmen Experten aus der Wissenschaft, der amtlichen Statistik sowie Vertreter von Regierungen und supranationalen Institutionen aus mehr als zehn europäischen Ländern teil. Weitere Informationen und das Tagungsprogramm finden Sie auf der Website des ZSi (www.gesis.org/soziale-indikatoren).